

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 47-48/94

Berlin

Bibliothek 3. Ex

24. November 1994

61. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage Rußlands

Fortsetzung des Niedergangs ohne hinreichenden Strukturwandel

FÜNFTER BERICHT

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Der Bundesminister für Wirtschaft hat mit Schreiben vom 21. Dezember 1993 das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle damit beauftragt, das 1992 begonnene Forschungsvorhaben mit dem Titel „Die wirtschaftliche Situation Rußlands und Weißrußlands — wirtschaftliches Potential und mögliche Entwicklungslinien“ fortzuführen. Die beteiligten Institute haben nunmehr ihren fünften Bericht über die Wirtschaft Rußlands fertiggestellt.

Der Bericht¹ ist in zwei Teile gegliedert. Der aktuelle Stand der Wirtschaftsentwicklung und der Reformpolitik wird im ersten Teil des Berichts dargestellt. Die wirtschaftliche Lage in der Russischen Föderation ließ auch nach Fertigstellung des letzten Berichts kaum Anzeichen einer Wende zum Besseren erkennen, statt dessen hat sich der wirtschaftliche Niedergang fortgesetzt, und es gibt Anzeichen für eine Verschärfung der Krise. Der zweite Teil des Berichts² beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der realwirtschaftlichen Anpassung. Die Anpassungsprozesse werden aus sektoraler, regionaler und eigentumsrechtlicher Perspektive analysiert; aus Unternehmenssicht werden Anpassungen bei der Beschäftigung, der Finanzierung, der Lagerhaltung und der Preissetzung untersucht.

Nach wie vor werden die Analysen durch den institutionellen Umbruch und das unzuverlässige und inkonsistente statistische Berichtssystem erschwert, dessen Qualität sich im Zeitablauf abermals verschlechtert hat. Vor allem die Arbeitsmarkt- und die Finanzstatistiken sind lückenhaft und zum Teil widersprüchlich. Transaktionen mit dem Ausland und die Aktivitäten des sich neu entwickelnden Privatsektors werden statistisch nur unzureichend erfaßt. Informationslücken konnten nur teilweise durch Befragung staatlicher Stellen und russischer Wissenschaftler vor Ort geschlossen werden, so daß erhebliche Unsicherheiten über den tatsächlichen Verlauf des Transformationsprozesses verbleiben.

¹ Der Bericht wird auch veröffentlicht als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 240-241/1994 und IWH Forschungsreihe 8/1994.

² Dieser zweite Teil wird als Wochenbericht des DIW im Januar 1995 veröffentlicht.

Die wirtschaftliche Lage

Aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Produktion und Investitionen

Der Schrumpfungsprozeß der russischen Wirtschaft hat sich entgegen den Erwartungen des russischen Wirtschaftsministeriums im bisherigen Verlauf des Jahres 1994 beschleunigt (vgl. Tabelle 1). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 17 vH (1993: -12 vH), die Industrieproduktion sogar um 26 vH (1993: -16 vH)³. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß der wirtschaftliche Niedergang in den Statistiken etwas überzeichnet wird. Insbesondere muß bezweifelt werden, daß die Aktivitäten des Privatsektors in vollem Umfang statistisch erfaßt werden⁴.

Im Verlauf des Transformationsprozesses ist es zu bedeutenden strukturellen Verschiebungen in der Entstehung des nominalen Bruttoinlandsprodukts gekommen. Merklich an Bedeutung gewonnen haben die Dienstleistungen, deren Anteil am BIP von 33 vH 1992 auf 50 vH im ersten Halbjahr 1994 gestiegen ist. In demselben Zeitraum ist das relative Gewicht der Güterproduktion von 58 auf 43 vH zurückgegangen. Diese Entwicklung ist auf den stärkeren Anstieg der Preise für Dienstleistungen im Ver-

gleich zu den Güterpreisen, auf den relativ geringen Rückgang unentgeltlicher staatlicher Dienstleistungen (z.B. des Bildungs- und des Gesundheitswesens) sowie auf das Wachstum einzelner Dienstleistungsbereiche (Finanzdienstleistungen, Versicherungen, Vermittlungstätigkeiten) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite des BIP hat der Anteil des privaten Verbrauchs von 36 vH 1992 auf 48 vH im ersten Halbjahr 1994 zugenommen, der Staatsverbrauch stieg von 14 auf 20 vH. Der Anstieg der Verbraucherpreise war geringer als derjenige des BIP-Deflators, so daß sich der Anteil des privaten Verbrauchs am realen BIP noch stärker erhöht hat. Dies korrespondiert mit dem Anstieg der Realeinkommen. An Gewicht verloren haben ins-

³ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 3.

⁴ Nach den Erfahrungen in anderen Reformstaaten kann davon ausgegangen werden, daß der Produktionsrückgang im staatlichen Sektor von der statistischen Berichterstattung weit vollständiger erfaßt wird als die zunehmenden Aktivitäten des neu entstehenden Privatsektors. Zudem bestand für die Unternehmen unter planwirtschaftlichen Bedingungen ein Anreiz zur Meldung möglichst hoher Produktionsergebnisse, während im Transformationsprozeß aus steuerlichen Gründen das entgegengesetzte Verhalten vorteilhaft ist. Vgl. Leszek Balcerowicz: Common fallacies in the debate on the economic transition in Central and Eastern Europe. European Bank for Reconstruction and Development. Working paper Nr. 11. London, Oktober 1993, S. 25.

Tabelle 1

Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren in Rußland
Veränderungen in konstanten Preisen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	Januar-Juli 1994
Bruttoinlandsprodukt	-2,0	-12,9	-18,5	-12	-17
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität	-2,7	-12,2	-19,5	-12 ¹⁾	
Industrieproduktion	-0,1	-8,0	-18,8	-16,2	-24,0 ²⁾
Agrarproduktion	-3,6	-4,5	-7,5	-4	
Investitionen	+0,1	-15,5	-40,0	-15	-27
Gütertransportvolumen	-4,3	-8,6	-21,7	-25	-26
Zahl der Beschäftigten	+0,1	-2,0	-2,0	-1	-1
Einzelhandelsumsatz	+10,0	-7,2	-39,9	+2	+0,5
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher	+10,2	-20,8	-41,3	-30	-48
<i>nachrichtlich:</i>					
Verkaufspreise der Industrie ³⁾	.	+240	+3280	+895	+340 ⁴⁾
Verbraucherpreise ³⁾	+5,3 ⁵⁾	+150	+2500	+840	+534 ⁶⁾

1) Schätzung. — 2) Einschließlich Kleinbetriebe und Joint-Ventures. Die Produktion der Groß- und Mittelbetriebe sank um 25,8 vH. — 3) Dezember zum Dezember des Vorjahres. — 4) Juli 1994 zu Juli 1993. — 5) Jahresdurchschnitt. — 6) Januar-Juli 1994 zu Januar-Juli 1993.

Quellen: Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 8 ff.; Ekonomika sodružestva nesavisimych gosudarstv. Moskau 1993, S. 129 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 3 ff., 45, 104 f., 153; Vestnik statistiki, Nr. 12/1993, S. 48 ff. Russia 1993: Economic Situation. Ausgabe 4. Moskau 1993, S. 12; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 3 und 295 f.

besondere die Lagerinvestitionen und die Exportüberschüsse, die von 12 auf 3 vH bzw. von 12 auf 7 vH zurückgingen⁵. Nachdem die Investitionen 1993 um 16 vH gesunken waren, gab es im ersten Halbjahr 1994 einen Rückgang gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 28 vH. Die Investitionen im produzierenden Bereich⁶ gingen um 37 vH zurück, ihr Anteil am Investitionsvolumen sank auf 57 vH. Dagegen nimmt der Anteil der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereich, insbesondere der Bau von Wohnungen und Sozialeinrichtungen, kontinuierlich zu (vgl. auch Tabellen 7 und 8).

Die Hälfte aller Investitionen wurde im staatlichen und kommunalen Sektor getätigt (1993: 63 vH). Die Unternehmen mit gemischten Eigentumsformen, zu denen insbesondere Aktiengesellschaften mit staatlicher Beteiligung zählen, hatten einen Anteil von 30 vH (1993: 22 vH), auf den privaten Sektor entfielen 16 vH (1993: 12 vH). Etwa ein Drittel der Investitionen wurde aus den öffentlichen Haushalten bzw. den staatlichen Investitionsfonds finanziert. Knapp 4 vH des gesamten Investitionsvolumens wurde von ausländischen Unternehmen (einschließlich Joint-ventures) getätigt⁷.

Der Rückgang der Industrieproduktion gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat lag im ersten Halbjahr 1994 zwischen 23 vH im Januar und 28 vH im Mai. Anzeichen einer Stabilisierung waren somit im Vorjahresvergleich während des gesamten Zeitraums nicht festzustellen (vgl. Tabelle 2). Im Vormonatsvergleich kam es zwar in vier Fällen zu einem leichten Produktionsanstieg, dieser war jedoch überwiegend saisonaler Natur.

Die Diskrepanzen in der Produktionsentwicklung zwischen den einzelnen Industriezweigen haben im Vergleich zu 1993 deutlich zugenommen (vgl. Tabelle 3). Während die Produktion der extraktiven Industriezweige um 14 vH zurückging, blieb die Erzeugung der verarbeitenden Industriezweige um 30 vH unter dem Vorjahresniveau. Einen unterdurchschnittlichen Produktionsrückgang verzeichneten insbesondere die Stromwirtschaft (−8 vH), die Erdgasindustrie (−6 vH), die Kohleindustrie (−11 vH) und die NE-Metallurgie (−13 vH). Im Maschinenbau und in der metallverarbeitenden Industrie führte die weiterhin rückläufige Nachfrage nach Investitionsgütern erneut zu massiven Produktionseinbußen (−42 vH), von denen der landwirtschaftliche Maschinenbau (−77 vH) am stärksten betroffen war. Um mehr als die Hälfte schrumpfte auch die Herstellung von Bau- und Werkzeugmaschinen. Im Unterschied zum Vorjahr, in dem sich die Erzeugung von langlebigen Konsumgütern durch den „Maschinenbaukomplex“ weit günstiger entwickelte als die Investitionsgüterproduktion, wurden im ersten Halbjahr 1994 auch hier starke Rückgänge verzeichnet, darunter bei Personenkraftwagen um 23 vH, Kühl- und Gefrierschränken um 18 vH, Waschmaschinen um 48 vH, Staubsaugern um 61 vH und Fernsehgeräten um 36 vH. Unbefriedigend verläuft weiterhin die Konversion der Rüstungsindustrie, in der die Produktion von zivilen Erzeugnissen um 40 vH sank (gesamte

Tabelle 2
Entwicklung der Industrieproduktion 1993 und 1994 nach Monaten

Monat	In vH zur entsprechenden Vorjahresperiode	In vH zum Vormonat
Basisperiode = 100		
1993 Januar	78,2	90,3
Februar	81,0	103,7
März	83,0	111,9
April	83,6	92,3
Mai	83,6	94,9
Juni	83,1	100,8
Juli	85,5	87,6
August	88,0	95,0
September	85,8	107,5
Oktober	84,5	97,7
November	84,7	95,5
Dezember	83,9	107,9
1994 Januar	76,9	82,8
Februar	75,9	102,3
März	72,6	107,0
April	73,1	92,9
Mai	72,0	93,5
Juni	72,6	101,2
Juli	75,9 ¹⁾	101,3 ¹⁾

¹⁾ Einschließlich Kleinbetriebe und Joint-Ventures. Die Produktion der Groß- und Mittelbetriebe sank gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 25,9 vH, gegenüber dem Vormonat stieg sie um 1,2 vH.

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii 1994 goda i prognoz na bližajušuju perspektivu. Moskau 1994, S. 11; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 10; Pomesjačnye ekonomičeskie i social'nye indikatory. Moskau 1994, S. 2.

Produktion: −42 vH). In einer außerordentlich kritischen Situation befinden sich zahlreiche Unternehmen der Leichtindustrie, deren Produktion um 44 vH zurückging (Textilindustrie: −38 vH; Bekleidungsindustrie: −51 vH;

⁵ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 5 f.; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii v pervom polugodii, 1994 goda i prognoz na bližajušuju perspektivu. Moskau 1994, S. 7 f.

⁶ Zu den Investitionen in Produktionsanlagen gehören in der russischen Statistik auch die Investitionen in den Verkehrssektor und das Nachrichtenwesen.

⁷ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g., S. 35 ff. und Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii ..., a.a.O., S. 60 ff.

Tabelle 3

Entwicklung der Industrieproduktion in Rußland nach Zweigen
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

Industriezweig	1990	1991	1992	1993	1. Halbjahr 1994
Industrie insgesamt	-0,1	-8,0	-18,8	-16,2	-25,8
Elektrizitätswirtschaft	+2,0	+0,3	-4,0	-5,3	-7,1
Brennstoffindustrie	-3,3	-6,0	-12,5	-15,0	-13,8
Erdölfördernde Industrie	-6,4	-9,9	-16,0	-14,0 ¹⁾	-14,4
Erdölverarbeitende Industrie	-2,8	-2,3	-11,2	-18,0 ¹⁾	-16,1
Erdgasindustrie	+2,9	+1,0	-1,4	-3,0 ¹⁾	-5,7
Kohleindustrie	-3,6	-12,1	+2,2	-8,0 ¹⁾	-11,4
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-17,4	-16,6	-24,4
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-26,8	-18,1	-13,3
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-22,3	.	-35,5
Chemieindustrie	-3,3	-8,3	-25,0	-19,9	-30,5
Petrochemie	-1,3	-3,0	-17,0	-24,9	-44,5
Maschinenbau und Metallverarbeitung	+1,1	-10,0	-14,9	-15,6	-42,0
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9,0	-14,6	-18,7	-33,3
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-24,7	-17,6	-32,2
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-26,4	-23,4	-43,6
Nahrungsmittelindustrie	+0,4	-9,5	-18,7	-9,2	-23,6

1) Vorläufige Angaben.

Quellen: Promyšlennost' Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 33 f.; Rossijskaja Federacija v cifrach v 1992 godu. Moskau 1993, S. 160; Ob itogach social'no-ekonomičeskogo razvitija Rossijskoj Federacii v 1992 godu. Moskau 1993, Anhang, Tab.3; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossijskoj Federacii v 1992 godu. Moskau 1993, S. 110, 112; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' 1994. Moskau 1994, S. 127; Prognoz razvitija Rossijskoj ekonomiki v 1994 godu. Moskau 1993, S. 108 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 153; Osnovnye pokazateli raboty promyšlennosti za janvar'-ijun' 1994 goda. Moskau 1994, S. 3 ff.

Leder-, Pelz- und Schuhindustrie: -55 vH). Da der Einzelhandelsumsatz im ersten Halbjahr 1994 konstant blieb⁸, ist der Rückgang der industriellen Konsumgüterproduktion, der sich insgesamt auf 28 vH belief, in erster Linie ein Ausdruck der rückläufigen Lagerbestände und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der russischen Unternehmen auf dem einheimischen Markt. Im Verlauf des ersten Halbjahrs sank der Marktanteil der russischen Bekleidungs- und Schuhindustrie um 10 Prozentpunkte auf unter 50 vH, bei den Erzeugnissen der Leichtindustrie insgesamt beträgt der Marktanteil von Importwaren derzeit 27 vH gegenüber 11 vH 1991⁹.

Preisentwicklung

Der Preisanstieg hat sich in den ersten sieben Monaten des Jahres 1994 merklich abgeschwächt. Lediglich im Januar lagen die monatlichen Steigerungsraten der industriellen Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise mit jeweils etwa 20 vH sowie der gesondert berechneten Preise

für Investitionsgüter und Bauleistungen mit 25 vH noch auf dem Vorjahresniveau (vgl. Tabelle 4). Von Mai bis Juli belief sich der Anstieg der Produzenten- und Verbraucherpreise auf weniger als 10 vH im Monat¹⁰.

Die Verkaufspreise der Industrie an den Großhandel stiegen in den Monaten Januar bis Juli um 108 vH. Stärker als

⁸ Goskomstat verzeichnet für den Einzelhandelsumsatz im ersten Halbjahr 1994 einen Zuwachs von 1 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode. In dieser Angabe sind auch die geschätzten Werte für die Umsätze in den nicht registrierten privaten Handelsunternehmen sowie die Verkäufe von statistisch nicht erfaßten Importen durch Privatpersonen enthalten. Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g., S. 3 f.

⁹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g., S. 9 ff. und S. 153; Osnovnye pokazateli raboty promyšlennosti za janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 3 ff.; Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii ..., a.a.O., S. 36 ff.; Ekonomika Rossii v 1994 godu: analiz i prognoz. Moskau 1994, S. 31.

¹⁰ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g., S. 71.

Tabelle 4

Daten zur Preisentwicklung in Rußland 1994
Anstieg zum vorhergehenden Monat in vH

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Juli zu Dez.
Verbraucherpreise	17,9	10,8	7,4	8,5	6,9	6,0	5,3	82
Nahrungsmittel	21,0	10,6	5,8	5,6	6,8	5,6	3,8	75
Andere Konsumgüter	10,7	8,9	7,7	7,2	5,5	5,0	5,0	62
Dienstleistungen	37,7	21,5	16,8	31,8	12,7	11,4	13,3	266
Industrielle Erzeugerpreise	19,0	16,0	10,0	10,0	7,0	8,0	8,0	108
Elektrizitätswirtschaft	22,0	16,0	17,0	11,0	19,0	8,0	12,0	165
Brennstoffindustrie	24,0	22,0	13,0	6,0	3,0	8,0	4,0	110
Eisen- und Stahlindustrie	8,0	12,0	10,0	17,0	10,0	12,0	8,0	107
NE-Metallurgie	13,0	11,0	12,0	9,0	3,0	11,0	.	.
Chemieindustrie	24,0	13,0	13,0	11,0	11,0	14,0	5,0	134
Petrochemie	15,0	18,0	10,0	11,0	10,0	8,0	9,0	115
Maschinenbau	21,0	17,0	7,0	12,0	7,0	7,0	6,0	106
Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie	20,0	13,0	11,0	9,0	8,0	11,0	8,0	112
Baustoffindustrie	20,0	16,0	13,0	13,0	8,0	6,0	7,0	118
Leichtindustrie	12,0	16,0	7,0	12,0	5,0	6,0	6,0	84
Nahrungsmittelindustrie	15,0	12,0	9,0	6,0	5,0	6,0	6,0	76
Aufkaufpreise für tierische Erzeugnisse	14,0	12,0	3,0	1,0	1,0	0,4	-0,8	34
Preise für Investitionen ¹⁾	25,0	17,0	9,0	21,0	6,0	5,0	8,0	132
Gütertransporttarife	20,0	40,0	8,0	11,0	10,0	6,0	3,0	142

1) Investitionsgüter und Bauleistungen.
Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 71, 295 f.; Pomesjačnye ekonomičeskie i social'nye indikatory. Moskau 1994, S. 22 ff.

im Durchschnitt wurden die Preise der Stromwirtschaft (+165 vH), der Chemieindustrie (+134 vH) und der Baustoffindustrie (+118 vH) angehoben. Die Preiserhöhungen für Erzeugnisse der Brennstoffindustrie, der Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie, Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus entsprachen ungefähr denjenigen für die Industrie insgesamt. Demgegenüber lag der Preisanstieg in der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie lediglich bei ungefähr 80 vH¹¹. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise werden insbesondere auf regionaler Ebene weiterhin in erheblichem Maße administriert, wobei die niedrigen Aufkaufpreise durch Subventionen kompensiert werden. Im Ergebnis sind die von den Beschaffungsorganisationen gezahlten Preise für Agrarprodukte im ersten Halbjahr 1994 mit 40 vH weit geringer gestiegen als die übrigen Preisindizes. Demgegenüber haben sich die Preise für die Inputs der Landwirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres um 90 vH erhöht¹².

Der Anstieg der Verbraucherpreise im Verlauf der ersten sieben Monate wird vom Staatskomitee für Statistik (Goskomstat) mit 82 vH angegeben¹³ (Nahrungsmittel:

+75 vH; übrige Konsumgüter: +62 vH; Dienstleistungen: +266 vH). Besonders stark sind seit Jahresbeginn die Mieten, die Wohnungsnebenkosten und die Tarife für einige kommunale Dienstleistungen gestiegen (um 800 bis 900 vH). Im Juli 1994 lag der Preisindex um 340 vH über dem Vorjahresniveau (Nahrungsmittel: +310 vH; übrige

¹¹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g., S. 4 ff. und 284.

¹² Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g., S. 80 f. und Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii ..., a.a.O., S. 25.

¹³ Im Bericht von Goskomstat über die Wirtschaftsentwicklung von Januar bis Juli 1994 sind zwei verschiedene Indizes für die Verbraucherpreise angeführt: der 120 Güter und Dienstleistungen erfassende „Operativindex“ und der nach Angaben von Goskomstat umfassendere „zusammengefaßte Index“. Der Preisanstieg nach dem „Operativindex“ im Verlauf des Berichtszeitraums wird mit 90 vH angegeben, derjenige des „zusammengefaßten Index“ mit 82 vH. Ein Vorjahresvergleich und eine Aufschlüsselung nach Gütergruppen wurde nur für den zweiten Index vorgenommen. Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g., S. 71 und 295.

Konsumgüter: +270 vH; Dienstleistungen: +1 110 vH)¹⁴. Ebenso wie die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise werden die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel, aber auch für Kinderkleidung und Medikamente auf lokaler Ebene in zahlreichen Regionen administriert, wobei häufig eine Begrenzung der Handelsspannen praktiziert wird¹⁵.

Arbeitsmarkt

Die Aussagekraft der Arbeitsmarktstatistiken ist mit besonderer Unsicherheit behaftet. Ende Juni 1994 waren bei den Arbeitsämtern lediglich 1,5 Mill. Personen ohne Beschäftigung registriert, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von etwa 2 vH (Ende Dezember 1993: 1,1 Mill. bzw. 1,5 vH). Von ihnen waren 1,3 Mill. (Ende Dezember: 836 000) als Arbeitslose anerkannt, d.h. sie waren länger als drei Monate ohne Beschäftigung. Die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen betrug 374 000 gegenüber 352 000 Ende Dezember¹⁶ (vgl. Tabelle 5).

Es kann davon ausgegangen werden, daß sich insbesondere in den ländlichen Gebieten nicht alle Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern melden. Goskomstat hat daher alternativ zu den Meldungen der Arbeitsämter die Zahl der Arbeitslosen nach der Methode des Internationalen Arbeitsamtes (ILO)¹⁷ mit 4,5 Mill. errechnet, was einer

Arbeitslosenquote von 6 vH entspräche (Ende Dezember: 3,8 Mill. bzw. 5 vH). Wegen der fortdauernden Unterstützung verlustbringender Unternehmen durch den Staat, der Nichtanwendung des Konkursgesetzes sowie der umfangreichen Kurzarbeit entsprach der Beschäftigungsabbau in den staatlichen bzw. in den in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetrieben bis jetzt bei weitem nicht dem Produktionsrückgang. Es existiert daher eine verdeckte Arbeitslosigkeit. Ihr Umfang wird von Goskomstat gleichfalls auf 4,5 Mill. geschätzt, so daß von einer offenen und verdeckten Arbeitslosigkeit von 9 Mill. (Arbeitslosenquote: 12 vH) ausgegangen wird. Angesichts eines Rückgangs des BIP seit 1990 um etwa 50 vH und der bereits in der Ausgangssituation vorhandenen personellen Überbesetzung der meisten Staatsbetriebe ist jedoch selbst diese Größe zu niedrig.

¹⁴ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar' -ijul' 1994 g., S. 70 ff. und 295.

¹⁵ Vgl. Vestnik ekonomiki ijul'-avgust. Moskau 1994, S. 15.

¹⁶ Vgl. Russian Economic Trends. London und Moskau, Nr. 1/1994.

¹⁷ In diesen Berechnungen wird das Arbeitskräftepotential („ökonomisch aktive Bevölkerung“) der tatsächlichen Beschäftigung gegenübergestellt. Die Differenz zwischen Arbeitskräftepotential und Beschäftigungszahl wird als arbeitslos definiert.

Tabelle 5

Arbeitsmarkt in Rußland 1993 und 1994

	Arbeitslose in 1000 Personen			Offene Stellen in 1 000
	Berechnungsmethode der ILO	Bei den Arbeitsämtern gemeldet	Anerkannt ¹⁾	
1. Januar 1993	3 588	968	578	307
1. Februar 1993	.	1 014	628	301
1. März 1993	.	1 065	692	311
1. April 1993	.	1 082	732	358
1. Mai 1993	.	1 086	751	404
1. Juni 1993	.	1 055	740	472
1. Juli 1993	.	1 006	717	519
1. August 1993	.	989	717	511
1. September 1993	.	979	714	511
1. Oktober 1993	.	969	706	496
1. November 1993	.	994	728	453
1. Dezember 1993	.	1 056	779	386
1. Januar 1994	3 800	1 085	836	352
1. Februar 1994	3 800	1 165	894	283
1. März 1994	4 000	1 266	989	275
1. April 1994	4 400	1 364	1 083	289
1. Mai 1994	4 500	1 460	1 180	325
1. Juni 1994	4 500	1 483	1 219	347
1. Juli 1994	4 500	1 516	1 260	374
1. August 1994	4 600	1 581	1 324	382

1) Mindestens drei Monate ohne Beschäftigung.

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 153 f.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii januar' 1994 g. Moskau 1994, S. 48; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-fevral' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-mart 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-aprel' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijul' 1994 g. Moskau 1994, S. 4; Russian Economic Trends, Monthly Update 31. August 1994.

Der Arbeitsmarkt wird allerdings durch die zunehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten im privaten Sektor entlastet, die von der Statistik nur in unzureichendem Maße erfaßt werden. Insbesondere wächst die Bedeutung von zweiten Arbeitsverhältnissen, die den von Kurzarbeit betroffenen Personen die Möglichkeit verschaffen, ihre Einkommenseinbußen teilweise zu kompensieren. Der Gesamtumfang derartiger Beschäftigungsverhältnisse belief sich Mitte 1994 nach Schätzungen der Regierung auf 8 Mill., davon entfielen etwa 2,5 Mill. auf Handels- und Vermittlungstätigkeiten. Angesichts der Natur dieser Neben-erwerbstätigkeiten müssen derartige Schätzungen aber zwangsläufig fragwürdig sein¹⁸.

Zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes hat die Regierung am 15. Juni 1994 ergänzend zu den bisherigen Beschlüssen auf diesem Gebiet ein föderales Beschäftigungsprogramm für das Jahr 1994 verabschiedet. Das Programm soll etwa 9 Mill. Personen zugute kommen und hat ein Volumen von 4 bis 6 Bill. Rubel. Zu den Bestandteilen des Programms zählen gezielte Hilfen für zahlungsunfähige und vom Konkurs bedrohte Unternehmen, Lohnsubventionen, Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen, finanzielle Hilfen für Arbeitslose sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsvermittlung durch die Arbeitsämter¹⁹.

Einkommensentwicklung und Lage der privaten Haushalte

Die nominalen Geldeinkommen haben sich im Zeitraum Januar bis Juni 1994 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 630 vH erhöht²⁰. Dem entspricht eine Erhöhung der realen Geldeinkommen von 11 vH. Seit Januar 1994 sind die realen Geldeinkommen gewachsen (vgl. Tabelle 6). Die Reallöhne waren im Juni 1994 gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um 14 vH niedriger; gegenüber Januar 1994 ist jedoch eine Steigerung um etwa 6 vH eingetreten. Allerdings waren im Transportgewerbe, im Gesundheits- und Bildungswesen, im Bereich der Kultur und bei den Banken und Versicherungen seit Jahresbeginn 1994 Reallohnverluste zu verzeichnen²¹. Der durchschnittliche Monatslohn betrug im Juni 1994 207 500 Rubel. Die höchsten Löhne wurden wie bisher im Banken- und Versicherungssektor (390 200 Rubel) gezahlt, gefolgt vom Transportgewerbe (315 000 Rubel). Die Landwirtschaft hat das mit Abstand niedrigste Lohnniveau (100 700 Rubel). Die Löhne der Forstwirtschaft und in den meisten haushaltsfinanzierten Bereichen liegen ebenfalls weit unter dem Durchschnitt. Der Lohnzuwachs im Kulturbereich, im Bildungs- und Gesundheitswesen war für den Zeitraum Januar bis Juni 1994 unterdurchschnittlich, so daß sich der Abstand zu den anderen Sektoren vergrößert hat.

Der Mindestlohn beträgt ab 1. Juli 1994 20 500 Rubel, das Existenzminimum 85 700 Rubel. Für die durchschnittlichen Altersrenten werden ab 1. Juli 1994 82 000 Rubel genannt.

Tabelle 6

Entwicklung der realen Geldeinkommen und Reallöhne 1994

	Reale Geldeinkommen	Reallöhne
Januar	100,0	100,0
Februar	116,0	97,3
März	128,6	103,2
April	131,1	99,0
Mai	120,6	99,1
Juni	134,6	105,8

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 66; Berechnungen der Institute.

Die Struktur der Einkommen hat sich gegenüber dem Vorjahr wesentlich verändert (vgl. Tabelle 7). Die sonstigen Einkommen, die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Beteiligungen an betrieblichen Gewinnen und aus Finanz- und Immobiliengeschäften enthalten, erreichten einen Anteil von etwa einem Drittel, während der Anteil der Löhne entsprechend gesunken ist. In den sonstigen Einkommen könnten auch versteckte Lohnzahlungen enthalten sein.

In der Verwendungsstruktur der Geldeinkommen traten weitere Veränderungen ein (vgl. Tabelle 8). Der Anteil der Konsumausgaben ist gegenüber 1993 gesunken, während die Ersparnis weiter gestiegen ist. Dabei hat sich der Anteil der Ausgaben für den Kauf von Devisen von etwa 3,6 vH im Juli 1993 auf 11,5 vH im Juni 1994 besonders schnell erhöht.

Der Unterschied in den durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, gemessen am höchsten und niedrigsten Einkommensdezil, hat sich gegenüber Juni 1993 vom 8,8fachen auf das 7,3fache verringert. Die Gruppe mit den höchsten Einkommen (jeweils 10 vH der Bevölkerung) verfügt über 23 vH, die mit den niedrigsten über 3 vH der Einkommen.

Finanz- und Geldpolitik

Öffentliche Haushalte

Im Mittelpunkt der seit Jahresbeginn 1994 in Kraft getretenen finanzrechtlichen Neuregelungen stand eine Stär-

¹⁸ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe razvitie Rossijskoj Federacii ..., a.a.O., S. 84 ff.

¹⁹ Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 13/1994, S. 2 020 ff.

²⁰ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijun' 1994 g., S. 64.

²¹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, 1993 g. Moskau 1994, S. 311; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijun' 1994 g., S. 283; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, januar'-ijul' 1994 g., S. 270.

Tabelle 7
Struktur der Geldeinkommen 1993 und 1994
 in vH

	1993	1. Halbjahr 1994
Insgesamt	100,0	100,0
Löhne	74,0	50,3
Transferleistungen	15,0	15,5
Einnahmen aus Unternehmertätigkeit ¹⁾ , Kredit- und Gewinnbeteiligungen, Immobiliengeschäften und Finanzoperationen, sonstige Einnahmen	11,0	34,2

1) Nicht zu verwechseln mit der Kategorie „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung westlichen Typs.
Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 139; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 63 f.; Berechnungen der Institute.

kung der regionalen Steuerautonomie und die Neufassung des Finanzausgleichs. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1994 zeigt, daß auch mit dieser Reform der Beziehungen zwischen Regionen und Zentrum die wichtigen Probleme des föderalen Budgets nicht gelöst werden können. Die anhaltende finanzpolitische Konzeptionslosigkeit spiegelte sich in den zähen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament um Ausgabenstruktur und Defizithöhe des Föderationshaushalts während der ersten sechs Monate des Jahres 1994 wider; Ende Juni 1994 konnte der föderale Haushalt für das laufende Jahr verabschiedet werden²². Dieser sieht für das Jahr 1994 Einnahmen in Höhe von 124,5 Bill. Rubel vor, denen Ausgaben in der Größenordnung von 194,5 Bill. Rubel gegenüberstehen; ein Ausgabenanteil von 36 vH

Tabelle 8
Struktur der Verwendung
der Geldeinkommen 1992 bis Juni 1994
 in vH

Verwendet für:	1992	1993	Juni 1994
Gesamteinnahmen	100,0	100,0	100,0
Kauf von Gütern und Dienstleistungen	72,9	69,3	61,2
Steuern und Beiträge	8,7	7,8	10,8
Zuwachs der Spareinlagen und Kauf von Devisen	4,8	14,3	19,9
Zuwachs des Bargeldbestandes	13,6	8,6	8,1

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 149; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. Moskau 1994, S. 65; Berechnungen der Institute.

würde demnach nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden können.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 sind die Einnahmen des konsolidierten Haushalts²³ im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real um etwa 30 vH gesunken²⁴. Zwar stellten — wie in den Vorjahren — die Gewinn- und Mehrwertsteuer die wichtigsten Einnahmequellen²⁵ dar (vgl. Tabelle 9), jedoch mußten bei beiden Steuerarten überdurchschnittliche reale Rückgänge hingenommen werden, die auch im Zusammenhang mit den Produktionseinbrüchen im ersten Halbjahr zu sehen sind. Der deutliche Zuwachs der Einnahmen aus Zöllen ist auf steuerrechtliche Neuregelungen zurückzuführen. Nach wie vor spielt das Einkommensteueraufkommen eine eher untergeordnete Rolle; durch häufige Anpassung der Einkommensgrenzen an die Inflationsentwicklung wird die Wirkung der „kalten Progression“ weitgehend ausgeschaltet. Über die Zusammensetzung des Postens „Sonstige Einnahmen“ liegen keine Informationen vor.

Größer als jeder einzelne Einnahmeposten war die Summe der aufgelaufenen Steuerrückstände der Industriebetriebe, des Baugewerbes, der Landwirtschaft und des Transportwesens; sie beliefen sich zum 1. Juli 1994 auf 18,9 Bill. Rubel (etwa 32 vH der Einnahmen; bzw. knapp 8 vH des BIP)²⁶. Die Steuerrückstände sind zum einen als eine eigenmächtige Erweiterung des Kreditspielraums von seiten des Unternehmenssektors zu verstehen; Liquiditätseingpässe im Unternehmenssektor werden so auf die Budgetsphäre überwältigt. Die Rückstände sind aber auch teilweise eine Reaktion der Unternehmen auf ausstehende Zahlungen des Staates für Lieferungen und Leistungen. Für die Tilgung der im Jahre 1993 und im ersten Quartal 1994 aufgelaufenen Schulden wurden bis zum 1. Juli 1994 Haushaltsmittel im föderalen Budget in der Höhe von 4,3 Bill. Rubel verwandt (etwa 8 vH der föderalen Gesamt-

²² Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 10/1994, S. 1 525 ff.

²³ Unter den Begriff „konsolidierter Haushalt“ werden der Föderationshaushalt und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften gefaßt; unberücksichtigt bleiben die außerbudgetären Fonds und die Aktivitäten der staatlichen Unternehmen. Folglich spiegelt die Einnahmenseite des konsolidierten Haushalts nicht die Abgabenquote wider; die Abgaben in die außerbudgetären Fonds belaufen sich auf etwa 20 vH des BIP.

²⁴ Preisbereinigt mit einem kalkulierten BIP-Deflator von 640 vH.

²⁵ Das Zahlenmaterial über die Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist teilweise mit erheblichen Widersprüchen und Inkonsistenzen behaftet und unterliegt immer wieder Revisionen. Innerhalb einzelner statistischer Quellen vorzufindende, differierende Definitionen und fehlende Erläuterungen verschleiern die tatsächliche Situation der öffentlichen Haushalte und erschweren die Vergleichbarkeit der Datensätze. Um wenigstens ansatzweise dem Anspruch einer Kontinuität gerecht zu werden, erfolgt die hier vorgenommene Analyse — bei allen bekannten Problemen — in erster Linie auf der Grundlage der von Goskomstat regelmäßig vorgelegten Daten.

²⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1994 g., S. 90.

Tabelle 9

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992	1993		1994	1992	1993		1994	1992	1993		1994
	Jahr	1. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr	Jahr	1. Halb-jahr
	in Bill. Rubel				in vH der Gesamteinnahmen/ -ausgaben				in vH des BIP			
Einnahmen, insgesamt	5,3	13,2	41,8	60,0	100,0	100,0	100,0	100,0	29,4	28,8	25,8	25,6
Direkte Steuern												
davon aus: Gewinnsteuer	1,6	5,1	16,8	18,1	29,4	38,6	40,1	30,2	8,7	11,1	10,3	7,7
Einkommensteuer	0,4	1,0	4,4	5,9	8,1	7,6	10,5	9,8	2,4	2,2	2,7	2,5
Indirekte Steuern												
davon aus: Akzisen	0,2	0,5	1,8	2,2	4,0	3,8	4,3	3,7	1,2	1,1	1,1	0,9
Mehrwertsteuer	2,0	3,6	11,3	12,1	37,7	27,3	27,0	20,2	11,1	7,9	7,0	5,2
Zölle etc.	0,5	0,9	2,3	7,2	8,8	6,8	5,6	12,0	2,6	2,0	1,4	3,1
Sonstige Einnahmen	0,6	2,1	5,2	14,5	12,0	15,9	12,5	24,2	3,5	4,6	3,2	6,2
Ausgaben, insgesamt	6,0	14,6	57,3	81,0	100,0	100,0	100,0	100,0	33,0	31,9	35,3	34,6
Volkswirtschaft	2,1	3,9	16,1	19,8	42,0	26,7	28,1	24,4	11,4	8,5	9,9	8,5
Sozial-kulturelle Maßnahmen	1,4	3,8	14,3	20,6	23,2	26,0	25,0	25,4	7,6	8,3	8,8	8,8
Verteidigung	0,9	1,9	7,2	9,6	14,3	13,0	12,6	11,9	4,7	4,1	4,4	4,1
Sonstige	1,7	5,0	19,7	31,0	20,5	34,3	34,4	38,3	9,2	10,9	12,1	13,2
Saldo Einnahmen-Ausgaben	-0,6 ¹⁾	-1,4	-15,5	-21,0					-3,6 ¹⁾	-3,1	-9,5	-9,0

¹⁾ Im Jahre 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. Vgl. Voprosy Ekonomiki, Nr. 1/1994, S. 42.
Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'- ijul' 1994 g. Moskau 1994; Berechnungen der Institute.

ausgaben). Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die öffentlichen Haushalte und insbesondere der föderale Haushalt Nettogläubiger des Unternehmenssektors sind²⁷.

Auf die Erhöhung der Steuerdisziplin zielen mehrere Präsidialerlasse vom Mai 1994, die insbesondere eine Informationspflicht der Banken gegenüber den Finanzbehörden betonen und bestehende Sanktionsmöglichkeiten erweitern²⁸. Diese formale Kompetenzerweiterung der Finanzbehörden wird jedoch die Steuerdisziplin nur begrenzt steigern können. Denn einerseits sind die Finanzbehörden mit der Erfassung der steuerrechtlich relevanten wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere des Privatsektors, überfordert. Andererseits überlasten anhaltende Detailänderungen des Steuerrechts die sich erst etablierende Verwaltung. Insgesamt zeigt sich in dem erheblichen Ausmaß der Steuerrückstände — exemplarisch für die gesamte ordnungspolitische Situation — die immer noch schwache Rechtsposition von Gläubigern gegenüber Schuldnern, die ihrerseits wiederum die erheblichen Durchsetzungsprobleme des Staates reflektiert.

Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts sind im ersten Halbjahr 1994 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum real um etwa 13 vH gesunken. Angesichts der seit Herbst 1993 restriktiveren Geldpolitik könnte diese Entwicklung vordergründig als ein Ansatz interpretiert werden, die bislang beobachtbare Substitution von Geld- und Fiskalpolitik

zu begrenzen. Nicht länger würden die Folgen einer Begrenzung der Subventionszahlungen durch eine expansivere Kreditpolitik abgemildert. Bei einem Zusammenspiel von restriktiverer Geldpolitik und strafferer Fiskalpolitik würde sich der Anpassungsdruck auf den Unternehmenssektor erhöhen. Allerdings ist unklar, in welchem Ausmaß der reale Ausgabenrückgang durch verzögerte Zahlungen aus dem Budget zustande kommt²⁹. Im ersten Halbjahr 1994 überstiegen die Ausgaben für sozial-kulturelle Maßnahmen — erstmals seit Beginn des Transformationsprozesses — das Volumen des bislang dominierenden Postens „Volkswirtschaft“ (vgl. Tabelle 9), hinter dem sich vor allem Subventionszahlungen und Staatsaufträge verbergen³⁰. Die gleichzeitige Anteilssteigerung der „Sonstigen Ausgaben“ deutet auf eine Umschichtung zugunsten von subventionierten Krediten hin. Schrittweise werden die Verteidigungsausgaben abgebaut, die einen im Vorjahres-

²⁷ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'- ijun' 1994 g., S. 100 f.

²⁸ Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 5/1994, S. 637 f.

²⁹ Bereits am 1. Juni 1994 betrug die nach der Tilgung erneut aufgelaufenen Verbindlichkeiten des Verteidigungsministeriums wieder 1,5 Bill. Rubel. Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'- ijun' 1994 g., S. 100 f.

³⁰ Über die sektorale und branchenmäßige Verwendung des Postens „Volkswirtschaft“ liegen keine Angaben vor.

vergleich nahezu konstanten Anteil am rückläufigen BIP haben. Die reale Ausgabenkürzung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wurde vom Einnahmenrückgang übertroffen; das Defizit des konsolidierten Haushalts erreichte im ersten Halbjahr 1994 die Größenordnung von 9 vH des BIP. Die Defizitfinanzierung erfolgte — wie in den Vorjahren — vorrangig durch vergünstigte Zentralbankkredite (18,1 Bill. Rubel; 86 vH des Defizits)³¹. Diese Kredite werden bei einer Laufzeit von 10 Jahren zu einem Jahreszinssatz von 10 vH vergeben³². Eine derartig deutliche negative Realverzinsung kommt einem Forderungsverzicht der Zentralbank gleich. Obwohl die Bedeutung von staatlichen Wertpapieren für die Defizitfinanzierung wächst, spielt diese Finanzierungsform nach wie vor eine untergeordnete Rolle³³. Das Defizit des konsolidierten Haushalts entsteht allein auf der Föderationsebene; die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften verfügten in ihrer Summe in den ersten sechs Monaten über leichte Überschüsse (0,8 Bill. Rubel)³⁴. Die unterschiedliche Haushaltssituation der einzelnen föderalen Ebenen reflektiert vor allem deren jeweilige Zugriffsmöglichkeiten auf vergünstigte Zentralbankkredite. Da diese Finanzierungsmöglichkeit nur dem Föderationshaushalt offensteht, fällt das Defizit folgerichtig dort an. Die nachgeordneten Gebietskörperschaften sichern ihre Einnahmen zum Teil durch Nichtabführung von Steuern in den föderalen Haushalt und partizipieren zugleich am Finanzausgleichssystem.

Die fehlende Äquivalenz zwischen Ausgabenkompetenzen und Erhebungsrechten auf den unterschiedlichen föderalen Ebenen spiegelte sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1994 in der wachsenden Kluft zwischen Gesamtausgaben- und Gesamteinnahmenanteilen des Föderationshaushalts wider: Während auf das föderale Budget ein Ausgabenanteil von 52 vH entfiel, belief sich der Einnahmenanteil auf 48 vH³⁵. Der nicht durch Einnahmen gedeckte Ausgabenanteil des Föderationshaushalts erreichte zum 1. Juli 1994 eine Größenordnung von 42 vH (etwa 9,3 vH des BIP) und lag damit deutlich über der Vorgabe des Haushaltsgesetzes. Die geplanten Ausgaben für die Volkswirtschaft (23,2 vH der Gesamtausgaben) liegen nur wenig über den Verteidigungsausgaben (20,6 vH); etwa 10,5 vH der Gesamtausgaben sollen für den Finanzausgleich verwandt werden. Tatsächlich wurden im ersten Halbjahr 1994 Einnahmen in Höhe von 29,5 Bill. Rubel (24 vH der geplanten Einnahmen) erzielt und Ausgaben in der Größenordnung von 51,3 Bill. Rubel (26 vH der geplanten Ausgaben) getätigt. De facto entfielen in den ersten sechs Monaten 1994 auf die Verteidigungsausgaben 19 vH der Gesamtausgaben, auf die „Volkswirtschaft“ jedoch nur 11 vH. Im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich wurden Ausgaben in der Größenordnung von 11 vH der Gesamtausgaben getätigt. Nach Angaben des stellvertretenden Finanzministers Alexaschenko sind vor allem die Einnahmenschätzungen viel zu optimistisch; er erwartet Einnahmen für das gesamte Jahr 1994 in der Größenordnung von 64 Bill. Rubel, also nur etwa 50 vH der im Haushaltsgesetz geplanten Summe³⁶.

Insgesamt läßt sich an der bisherigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte im Jahresverlauf erkennen, daß auch mit den seit Jahresbeginn implementierten Reformansätzen die erheblichen finanzpolitischen Probleme nicht einmal ansatzweise gelöst werden konnten. Vielmehr besteht die Gefahr, daß das Defizit des konsolidierten Haushalts in der zweiten Jahreshälfte steigen wird. Denn erfahrungsgemäß fallen insbesondere im dritten Quartal erhebliche Ausgaben vor allem im Zusammenhang mit dem Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse an. Dazu paßt, daß im Juli 1994 eine budgetfinanzierte Kreditierungsmöglichkeit für notleidende Betriebe eingeräumt und damit bereits eine gewisse Lockerung der Fiskalpolitik eingeleitet wurde³⁷. Das Fehlen einer tragfähigen finanzpolitischen Konzeption erschwert die Politik der Ausgabenkürzung als Reaktion auf die Einnahmefälle. Angesichts der bestehenden Haushaltssituation und der zu antizipierenden Ausgabenbelastungen überrascht, daß die seit Mai 1994 geplante neuerliche Steuerreform auf eine deutliche Senkung der Mehrwert- und Gewinnsteuersätze bei gleichzeitiger Erhöhung der Einkommensteuerbelastung natürlicher Personen und einer stärkeren Betonung der Vermögensteuer zielt³⁸. Noch immer ist keine in sich stimmige finanzpolitische Strategie zu erkennen, die der stabilitätspolitischen Verantwortung und den verteilungspolitischen Anforderungen Rechnung tragen könnte. Das gesamte Finanzsystem wirkt wie ein disharmonisches Zusammenspiel von ad hoc ergriffenen Einzelmaßnahmen, die ihrerseits wiederum jederzeit partiellen Novellierungen unterliegen können.

Geld und Kredit

Der geldpolitische Kurs war im ersten Halbjahr 1994, wie bereits in den letzten Monaten von 1993, durch eine Verringerung des Geldmengenwachstums und positive Realzinsen geprägt. Infolge dieser stabilitätsorientierten Politik sank die durchschnittliche monatliche Inflationsrate von 20 vH im Jahr 1993 auf unter 10 vH in der ersten Hälfte von 1994. Allerdings kann dieser positive Befund nicht unein-

³¹ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' -jul' 1994 g., S. 93.

³² Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 10/1994, S. 15-26.

³³ Der Anteil der Staatsanleihen an der Defizitfinanzierung betrug in den ersten sechs Monaten 1994 etwa 10 vH des Gesamtdefizits. Die ausgegebenen Papiere haben eine Laufzeit von 3 bzw. 6 Monaten. Neben diesen kurzfristigen Papieren existieren noch „Goldene Zertifikate“, deren Bedeutung zur Defizitfinanzierung jedoch relativ gering ist.

³⁴ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' -ijul' 1994 g., S. 93.

³⁵ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' -ijun' 1994 g., S. 90 f.

³⁶ Vgl. Financial Times vom 28. September 1994.

³⁷ Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 11/1994, S. 1 656 f.

³⁸ Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 5/1994, S. 635 f.

geschränkt als Indiz für einen nachhaltigen Kurswechsel in der Geld- und Kreditpolitik der Zentralbank gewertet werden. Vielmehr gibt es Hinweise auf eine Lockerung der Geldpolitik. Zum einen verschärft sich das Problem notleidender Kredite in den Bilanzen russischer Banken, so daß eine Bankenkrise droht. Zum anderen ist die zwischenbetriebliche Verschuldung stark gestiegen, für deren Verminderung bisher noch kein stabilitätsorientierter Lösungsansatz gefunden wurde. Vielmehr ist es in den vergangenen Wochen erneut zu Liquiditätshilfen und der Gewährung von Vorzugskrediten an Unternehmen der Landwirtschaft, der Schwerindustrie und des militärisch-industriellen Komplexes gekommen.

Hinsichtlich der Entwicklung der nominalen Geldmenge ergibt sich für die ersten beiden Quartale von 1994 kein einheitliches Bild. Nachdem noch im ersten Quartal sämtliche Geldmengenaggregate weniger stark als im Vorjahresdurchschnitt gestiegen waren, war ein stärkerer Anstieg im zweiten Quartal zu verzeichnen (vgl. Tabelle 10). Auch die Nettokreditvergabe an die Regierung stieg stärker an³⁹. In realen Größen gemessen sanken sowohl die Geldmenge M2, die Kreditvergabe der Zentralbank als auch die Bargeldmenge in der zweiten Hälfte von 1993 und im ersten Quartal von 1994. Diese Kontraktion der realen Geldmenge war Anfang 1994 nach eineinhalb Jahren erstmals wieder von einem realen Anstieg der zwischenbetrieblichen Verschuldung der Unternehmen begleitet (vgl. Schaubild 1)⁴⁰. Nachdem der Anteil der überfälligen Verschuldung Mitte 1992 seinen Höchststand mit gut 60 vH der gesamten Lieferantenkredite erreicht hatte und im Jahr 1993 auf 40 vH abgesunken war, lag dieser Anteil 1994 mit leicht steigender Tendenz bei rund 45 vH.

Bisher ist noch unklar, wie die Regierung dem Problem der gegenseitigen Kreditierung der Unternehmen begegnen will. Offensichtlich ist die beobachtbare Entwicklung eine Reaktion der Unternehmen auf die Verknappung der

Bankkredite. Die Unternehmen erwarten, daß — wie dies in der Vergangenheit der Fall war — Forderungen von Lieferanten durch die Zentralbank monetisiert werden⁴¹. Der konsequente Weg zur Lösung des Verschuldungsproblems wäre demgegenüber, eine restriktive Geldpolitik fortzusetzen und diejenigen Unternehmen zu schließen, die nicht überlebensfähig sind. Dies erfordert auch die Umsetzung eines Konkursgesetzes, das es solventen Unternehmen erlaubt, Forderungen durchzusetzen und Zugriff auf die Aktiva säumiger Schuldner zu nehmen. Es scheinen sich jedoch die Erwartungen der Unternehmen auf finanzielle Hilfe der Regierung und damit letztlich der Zentral-

³⁹ Diese Information beruht auf internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.

⁴⁰ Betrachtet werden hier die gesamten Forderungen russischer Unternehmen gegenüber anderen Unternehmen, wie sie von Goskomstat und der russischen Regierung veröffentlicht werden. Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-aprel' 1994 g. und janvar'-ijun' 1994 g. und Russian Economic Trends, verschiedene Ausgaben. Dabei liegen Inkonsistenzen zwischen den verschiedenen Datenquellen vor, so daß nicht auszuschließen ist, daß der rapide Anstieg der zwischenbetrieblichen Verschuldung bereits in den letzten Monaten von 1993 erfolgt ist.

⁴¹ Im Jahr 1992 hatte die nach der Freigabe der Preise zunächst verfolgte restriktive Geldpolitik ebenfalls zu einer starken Zunahme der zwischenbetrieblichen Verschuldung geführt. Diese war in der zweiten Jahreshälfte durch die Ausgabe neuer Kredite monetisiert worden. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands und Weißrußlands. Systemtransformation am Scheideweg. Erster Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 42/1992. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 193-194/1992 und als IWH Forschungsreihe 3/1992 veröffentlicht. Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

Tabelle 10

Wachstumsraten der Geldmengenaggregate pro Quartal 1992 bis 1994
in vH

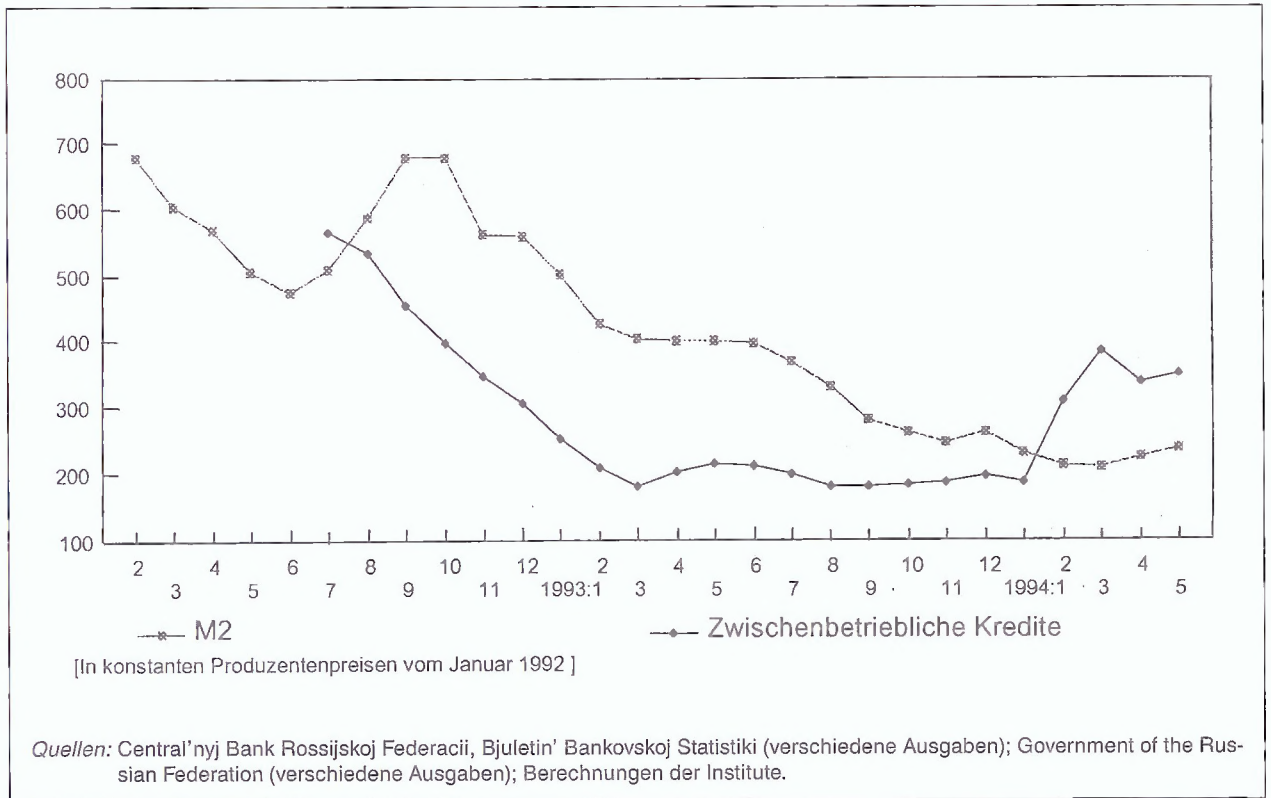
	1992 I-IV ¹⁾	1993 I-IV ¹⁾	1994	
			I	II
Bargeld	82	70	20	29
M2	68	51	9	18 ⁴⁾
Zentralbankkredite ²⁾	125	46	40	52 ⁴⁾
Bankkredite ³⁾	86	58	28	37 ⁴⁾

1) Durchschnittliche Quartalswerte. — 2) Betrachtet wird die inländische Bruttokreditvergabe (ohne Kredite an die GUS-Staaten). — 3) Kredite der Geschäftsbanken an Unternehmen, Haushalte und die Regierung. — 4) Durchschnittliche Monatswerte für April und Mai, umgerechnet auf das Quartal.

Quellen: Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, Bjuletin' Bankovskoj Statistiki, Nr. 1/1994; interne Arbeitsunterlagen des Russischen Wirtschaftsministeriums; Russian Economic Trends, verschiedene Ausgaben; Berechnungen der Institute.

Schaubild 1

Zwischenbetriebliche Kredite und M2 1992 bis 1994
in Bill. Rubel



bank zu erfüllen: Derzeit fließen den Unternehmen Liquiditätshilfen der Zentralbank zu, so daß die zwischenbetriebliche Verschuldung zumindest teilweise monetisiert wird. Der resultierende Anstieg der Geldmenge M2 dürfte preistreibende Wirkung haben. Im Spätsommer 1994 wurden der Landwirtschaft Kreditzusagen in Höhe von 6 Billionen Rubel gemacht. Im August wurden zudem 3,5 Billionen Rubel in Form von Vorzugskrediten an Industrieunternehmen ausgeschüttet⁴². Sie würden jedoch nur ausreichen, um rund 20 vH der gesamten überfälligen Forderungen, die russische Unternehmen Ende Juni gegenüber ihren Lieferanten akkumuliert hatten, zu bedienen⁴³.

Die Zinspolitik der Zentralbank gibt derzeit kein einheitliches Bild ab. Zwar sind die offiziellen Refinanzierungssätze bei realer Betrachtung, wie bereits seit Ende 1993, deutlich im positiven Bereich (vgl. Schaubild 2)⁴⁴, jedoch erhält das Finanzministerium nach wie vor Kredite zu Zinssätzen weit unter dem Marktzinssatz. Daneben gibt es drei verschiedene Zinssätze, die bei der Kreditvergabe an Banken angewandt werden:

— Die Obergrenze der Zinsen stellt der allgemeine Refinanzierungssatz dar, der in den vergangenen Monaten schrittweise an die Zinsen auf dem Interbankenmarkt

angepaßt worden ist und in letzter Zeit sogar darüber gelegen hat. Dieser Zinssatz ist im Verlauf des Jahres 1994 von jährlich 210 Prozent im Januar auf 130 Prozent seit Ende August gesenkt worden⁴⁵.

— Der Zinssatz für zentralisierte Kredite wurde bis auf eine Marge von maximal 5 vH an den sogenannten ver-

⁴² Diese Beträge entsprechen knapp 30 vH des Bestandes an Zentralbankkrediten Ende Mai 1994.

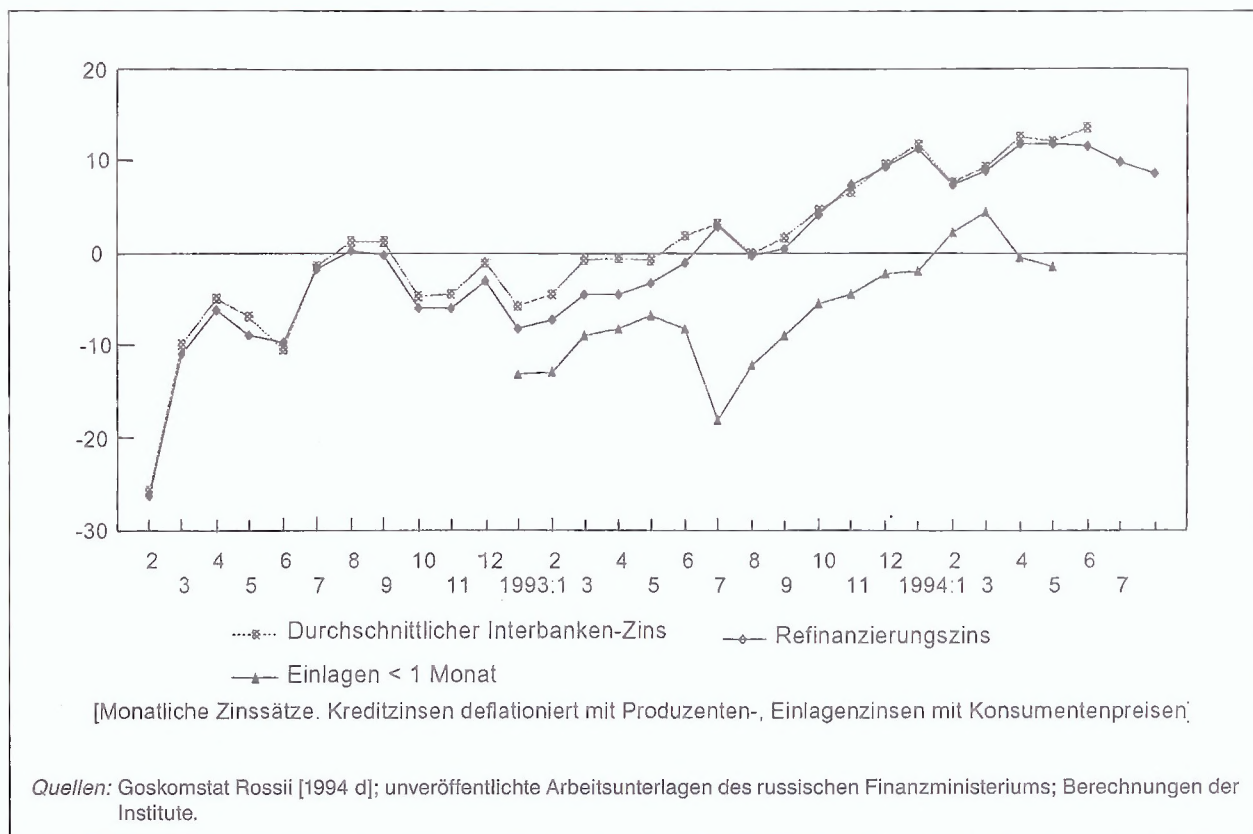
⁴³ Vgl. The Economist vom 20. August 1994, S. 22; Planecon, Business Report, Nr. 18/1994 und Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g.

⁴⁴ Zu beachten ist, daß die Zentralbank für eine Kreditlaufzeit von 1 Monat und einem nominalen Jahreszinssatz von 180 vH einen nominalen Monatszinssatz von 15 vH berechnet. Bei einer monatlichen Preissteigerungsrate von z.B. 8 vH ergibt sich ein monatlicher effektiver Realzins von etwa 6,5 vH, also $(1,15/1,08 - 1) \cdot 100$. Der jährliche effektive Realzins beträgt dann 112 vH, d.h. $(1,065^{12} - 1) \cdot 100$. Die Bestimmung der Realzinsen erfolgt dabei auf der Basis einer ex-post-Betrachtung. Die hohen effektiven Realzinsen sind auch damit zu erklären, daß die Inflationserwartungen höher als die tatsächlich realisierten Preissteigerungsraten waren und somit die Nominalzinsen nicht schnell an die aktuelle Preisentwicklung angepaßt wurden.

⁴⁵ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1994 g. und VWD-Osteuropa vom 23. August 1994.

Schaubild 2

Realverzinsung 1992 bis 1994
monatlich



rechneten Interbankenzinssatz, der einem Durchschnittswert der Zinsen der vergangenen vier Wochen entspricht, angenähert. Zentralisierte Ressourcen wurden Ende Juni zu einem Jahreszins von 123 Prozent und damit rund 50 Prozentpunkte unterhalb des allgemeinen Refinanzierungssatzes abgegeben⁴⁶. Über die Verwendung dieser zentralisierten Ressourcen entscheiden nicht die Banken selbst, sondern die Zentralbank oder die Regierung.

- Seit Anfang des Jahres versteigert die Zentralbank einen Teil ihrer Kreditmittel, wobei sowohl der Umfang der Kreditvergabe als auch ein Mindestzinssatz, der oberhalb des Interbankenzinses liegt, vorab festgelegt werden (Zinstender). Bis Ende des Jahres sollen 15 vH der gesamten Kredite über Kreditauktionen vergeben werden. Der Auktionskurs lag im April 1994 zwischen dem allgemeinen und dem Zinssatz für zentralisierte Kredite, Ende Juni jedoch mit 114 Prozent deutlich darunter⁴⁷.

Tatsächlich gewinnt die Kreditvergabe an die Regierung immer größere Bedeutung in der Kreditpolitik der Zentralbank. Nachdem der Anteil der an die Regierung vergebenen heimischen Zentralbankkredite Ende 1992 rund 44 vH betragen hatte, ist dieser kontinuierlich auf 55 vH Ende 1993 und schließlich 66 vH Ende Mai 1994 gestiegen⁴⁸. Der durchschnittliche Zinssatz auf alle Kredite der Zentral-

bank dürfte bei nur knapp 64 Prozent im Jahr oder umgerechnet 5,4 Prozent monatlich und damit — bei realer Betrachtung — noch immer im negativen Bereich gelegen haben⁴⁹.

Die Entwicklungen im russischen Geschäftsbankensektor sind von einer erhöhten Instabilität des heimischen Bankensektors sowie von einer leichten Verbesserung der Tätigkeiten von Auslandsbanken gekennzeichnet. Die Politik der Subventionierung der Wirtschaft durch die Banken führt zu erheblichen Gefahren für die Stabilität des Bankensystems. Darüber hinaus begünstigen unzureichende Regulierungen durch die Bankenaufsicht eine unsolide Kreditvergabe der Banken. Im Verlauf des vergangenen Jahres ist der Anteil der überfälligen Kredite an dem gesamten Kreditbestand der Banken von 9 vH im ersten Quartal auf 12 vH im vierten Quartal gestiegen⁵⁰. In den ersten fünf Monaten haben die überfälligen Bankkredite

⁴⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' - ijun' 1994 g.

⁴⁷ Vgl. Izvestija vom 11. August 1994.

⁴⁸ Vgl. Vestnik Banka Rossii vom 9. August 1994, S. 5.

⁴⁹ Bei dieser Berechnung wurden der damals gültige offizielle Refinanzierungssatz für Geschäftsbanken von 170 vH und der Zinssatz auf Regierungskredite von 10 vH zugrunde gelegt.

⁵⁰ Vgl. Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, Bjuletin' Bankovskoj Statistiki, Nr. 6-7/1994, S. 6.

dann noch einmal stark zugenommen und Ende Mai einen Anteil von 21 vH an den Bankkrediten erreicht⁵¹.

Der starke Anstieg der überfälligen Kredite dürfte eine Folge der geldpolitischen Stabilisierungsbemühungen sein. Angesichts des hohen Anteils notleidender Kredite dürfte ein Großteil der Banken insolvent sein, wenngleich es bisher nicht zu Konkursen von Banken in größerem Ausmaß gekommen ist. Für den Fortbestand einer solchen Situation gibt es verschiedene Erklärungen. Die Liquidität grundsätzlich insolventer Banken kann durch den Zugang zu speziellen Refinanzierungskrediten der Zentralbank gesichert werden. Inoffiziellen Angaben der Zentralbank zufolge vergibt sie diese Kredite an illiquide Banken für maximal sieben Tage zu einem Zinssatz von 20 Prozentpunkten oberhalb des allgemeinen Refinanzierungssatzes. Zudem könnten sich die Banken durch die Attrahierung neuer Einlagen refinanzieren. Schließlich kann durch eine unzureichende Umsetzung bankenaufsichtlicher Regelungen verhindert werden, daß Banken ihre bilanziellen Verluste aufzeigen und eine entsprechende Risikovorsorge treffen müssen. Somit können im Prinzip insolvente Banken für eine gewisse Zeit liquide bleiben.

Zur Lösung der Probleme im Geschäftsbankensektor hat die Zentralbank in den vergangenen Wochen eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet⁵². Bereits im Juli wurden die Mindestkapitalanforderungen für russische Geschäftsbanken von 2 Mrd. auf 2,2 Mrd. Rubel oder umgerechnet 1 Mill. US-\$ angehoben. Nachdem schon im vergangenen Jahr eine Reihe von Banklizenzen wieder eingezogen worden war, wurde dann im August insgesamt fünf Banken die Lizenz entzogen, weitere sechs Banken wurden für die Nichteinhaltung von Regelungen der Bankenaufsicht mit Geldstrafen belegt. Darüber hinaus verstärkt die Zentralbank, in deren Aufgabenbereich die Aufsicht des Geschäftsbankensektors fällt, ihre Inspektionen von Banken vor Ort oder greift unmittelbar in die Tätigkeit einzelner Geschäftsbanken ein. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen dürfte jedoch begrenzt sein, solange die Anreizsysteme im Bankensektor unverändert bleiben. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die Banken gestiegenen Anforderungen an ihr Eigenkapital nur unzureichend nachkommen. Zudem beschränken sich die Bankenkurse bisher auf sehr kleine Banken.

Von vorübergehenden Schwankungen abgesehen ist der Geldmultiplikator seit der Preisreform Anfang 1992 kontinuierlich von einem Wert von rund 2,75 im Januar 1992 auf 1,6 Ende 1993 gefallen⁵³. Diese Entwicklung ist in erster Linie Folge der zunehmenden Bargeldhaltung der privaten Haushalte, während die Reservehaltung der Geschäftsbanken nach einem starken Anstieg 1992 im Jahr 1993 nahezu konstant blieb. Darüber hinaus hat in den Portfolios der privaten Haushalte eine Umschichtung zugunsten von Einlagen in ausländischer Währung stattgefunden. Die Entwicklung in den ersten fünf Monaten von 1994 ist von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt⁵⁴. Einerseits haben die Haushalte als Folge der erhöhten rea-

len Verzinsung verstärkt Termineinlagen und weniger Sichteinlagen nachgefragt. Da die Mindestreserveanforderungen auf Termineinlagen geringer sind als die auf Sichteinlagen, sank die Reservehaltung der Banken. Diese Entwicklung würde, isoliert betrachtet, einen Anstieg des Geldmultiplikators induzieren. Andererseits haben die Haushalte aber auch ihre Bargeldhaltung im Verhältnis zu den Bankeinlagen erhöht. Die erhöhte Bargeldhaltung kann damit erklärt werden, daß die Anleger gestiegene Realzinsen auch als eine Risikoprämie für gestiegene Bilanzrisiken interpretieren. Insgesamt blieb damit der Geldmultiplikator in den ersten Monaten von 1994 nahezu stabil, da die Effekte erhöhter Risiken im Bankensystem und erhöhter Realzinsen auf den Multiplikator sich gerade kompensiert haben.

Einen wichtigen Beitrag zu einer erhöhten Effizienz des russischen Bankensystems kann der Marktzugang ausländischer Banken leisten. In diesem Zusammenhang ist mit der Unterzeichnung des Partnerschaftsabkommens mit der Europäischen Union vom Juli 1994 ein erster Fortschritt erzielt worden. Allerdings behindern nach wie vor erhebliche Barrieren den Marktzugang ausländischer Banken⁵⁵. Die Regelungen des Partnerschaftsabkommens sehen den Marktzugang in zwei Stufen vor. In einer ersten Phase, die bis Januar 1996 andauert, dürfen diejenigen Banken, die bereits eine Lizenz für das Bankgeschäft in Rußland haben, ihre Tätigkeiten ausüben. Von dieser Regelung werden auch diejenigen Banken begünstigt, deren Tätig-

⁵¹ Unklar ist, nach welchem Klassifizierungsschema diese Zahlen ermittelt werden. Neben den überfälligen Krediten weisen die Statistiken der Zentralbank auch zweifelhafte Kredite auf, deren Anteil an der Kreditvergabe der Geschäftsbanken von 18 vH im ersten Quartal 1993 auf 49 vH im vierten Quartal und schließlich 111 vH Ende Mai 1994 angestiegen ist. Vgl. *Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii, Bjuletin' Bankovskoj Statistiki*, Nr. 1/1994, S. 6; Nr. 6-7/1994, S. 31. Dies wäre nur damit zu erklären, daß eine unterschiedliche Basis zugrunde liegt, etwa weil die zweifelhaften Kredite Forderungen an das Ausland umfassen oder die Gesamtkredite um überfällige Forderungen bereinigt wurden.

⁵² Ferner sind neue Zentralbank- und Geschäftsbankengesetze geplant, die unter anderem eine stärkere Kontrolle der Zentralbank durch das Parlament vorsehen. Einzelheiten über den Inhalt dieser Gesetze sind jedoch bisher nicht bekannt geworden. Vgl. *The Economist* vom 6. August 1994; *Russia: Banking Regime*. In: *Oxford Analytica* vom 13. September 1994.

⁵³ Der Geldmultiplikator gibt an, wie stark die weiter gefaßte Geldmenge M2 bei einer gegebenen Erhöhung der Basisgeldmenge expandiert. Dieser Zusammenhang wiederum wird von der Bargeldhaltung der privaten Haushalte bzw. der Reservehaltung der Geschäftsbanken im Verhältnis zu den Einlagen im Bankensystem bestimmt. Steigen sowohl der Bargeld- als auch der Reservekoeffizient, sinkt der Geldmultiplikator, und es kommt zu einem Disintermediationsprozeß.

⁵⁴ Diese Angaben beruhen auf internen Arbeitsunterlagen des Internationalen Währungsfonds.

⁵⁵ Vgl. *Vestnik Banka Rossii*, Nr. 20/1994, S. 1 f.; *Russia: Banking Regime*, a.a.O., 1994.

keit durch das Dekret des Präsidenten vom Herbst 1993 eingeschränkt worden war⁵⁶. Es bleiben jedoch Beschränkungen für die Geschäftstätigkeit dieser Banken bestehen. So dürfen Auslandsbanken neben ihrer Hauptstelle nicht mehr als eine Zweigstelle eröffnen, müssen Einlagen eine bestimmte Mindesthöhe übersteigen, dürfen die Banken keine Geschäfte mit Aktien russischer Unternehmen durchführen und darf der gesamte Anteil ausländischer Banken am Kapital des Bankensystems nicht mehr als 12 vH betragen. In einer zweiten Stufe, die bis Juni 1999 verwirklicht werden soll, werden auch neue Lizenzen an ausländische Banken vergeben. Allerdings wird deren Tätigkeit stark reglementiert bleiben; beispielsweise werden sie nur Einlagen in Höhe von mindestens 55 000 ECU annehmen dürfen. Damit dürfte der Zugang zu dem Privatkundengeschäft für diese neuen Auslandsbanken de facto verschlossen bleiben. Ferner dürfen diese Banken keine Geschäfte mit Unternehmen im russischen Mehrheitsbesitz durchführen.

Außenwirtschaft

Außenhandel

Im ersten Halbjahr 1994 konnte sich der Handel mit den Staaten außerhalb der GUS weiter stabilisieren. Die Exporte werden mit 21,3 Mrd. US-\$ und die Importe mit 13,2 Mrd. US-\$ geringfügig höher als für das erste Halbjahr 1993 angegeben⁵⁷. Hingegen ging der Handel mit den GUS-Mitgliedern verglichen mit dem ersten Halbjahr 1993 nochmals zurück und machte nur noch gut ein Fünftel des gesamten russischen Außenhandels aus⁵⁸.

Auf der Exportseite trug zu diesen Entwicklungen vor allem bei, daß die Rohstoffpreise auf dem russischen Inlandsmarkt und im zwischenstaatlichen Handel weiter an das Weltmarktniveau herangeführt wurden. So lagen im September 1994 die Inlandspreise für Rohöl und Erdgas bei mehr als einem Drittel der Weltmarktpreise; im Handel mit Weißrußland wurden etwa drei Viertel dieses Niveaus erreicht⁵⁹. Bei zurückgehendem Inlandsverbrauch und sinkenden Ausfuhren im zwischenstaatlichen Handel konnten die realen Exporte in Drittländer soweit gesteigert werden, daß trotz niedrigerer Weltmarktpreise insbesondere für Rohöl und Erdgas die Exportwerte gehalten wurden⁶⁰.

Die Warenstruktur der Importe hat sich infolge der endgültigen Abschaffung der 1993 bereits reduzierten Importsubventionen verschoben. Die früher subventionierten Einfuhren von Getreide, Rohzucker und anderen Grundnahrungsmitteln gingen deutlich zurück. Im Gegenzug ermöglichte die reale Aufwertung des Rubels höhere Importe relativ hochwertiger Konsumgüter⁶¹.

Im Bereich der Handelspolitik zeichneten sich im ersten Halbjahr 1994 sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene erhebliche Veränderungen ab. Auf russischer Seite wurde grundsätzlich beschlossen, die Ex-

portbeschränkungen für zahlreiche Rohstoffe weitgehend abzubauen. Diese Beschränkungen dienten bisher dazu, trotz der künstlich niedrig gehaltenen Preise ein ausreichendes Angebot im Inland sicherzustellen. Da die Inlandspreise für Rohstoffe nunmehr schrittweise angehoben werden, sollen die Exportquoten abgeschafft und die Exportsteuern entsprechend den steigenden Inlandspreisen gesenkt werden⁶².

Darüber hinaus führen die Exportbeschränkungen bisher zu einem geringeren Angebot von Fremdwährung auf dem Devisenmarkt und damit tendenziell zu einer Unterbewertung des Rubels. Dadurch verteuern sie indirekt die russischen Importe verglichen mit heimischen Erzeugnissen und gewähren importsubstituierenden Wirtschaftssektoren Schutz vor der Konkurrenz vom Weltmarkt⁶³. Ein derartiger Schutz soll nach dem Abbau der Exportbeschränkungen durch die Erhöhung von Importzöllen weiterhin gewährleistet werden. Wenn auch die Umsetzung des entsprechenden Dekrets zunächst aufgeschoben wurde, ist doch mittelfristig mit einer Erhöhung der Importzölle zu rechnen.

Ein Abbau der Exportbeschränkungen und die Konzentration der handelspolitischen Eingriffe auf Importzölle wären selbst bei einem per saldo unveränderten Protektionsniveau positiv zu bewerten. Zum einen würde die Verschwendung von Rohstoffen durch künstlich niedrige

⁵⁶ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Tal-fahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 232/1994, und als IWH Forschungsreihe 2/1994 veröffentlicht.

⁵⁷ Vgl. *Ekonomika i žizn'*, Nr. 35/1994 und *Russian Economic Trends*, Nr. 2/1994. Die Außenhandelsstatistiken werden nunmehr gemeinsam von Goskomstat und der Zollverwaltung erstellt. Es ist jedoch unklar, inwieweit diese Zahlen tatsächlich den Außenhandel mittlerer und kleiner Unternehmen berücksichtigen, der vor allem auf der Importseite von Bedeutung ist. Nach kaum überprüf-baren Schätzungen könnten die tatsächlichen Importe bis zu 40 vH über den genannten Zahlen und damit für das erste Halb-jahr 1994 bei mehr als 18 Mrd. US-\$ gelegen haben. Vgl. VWD-Osteuropa vom 22. Juli 1994.

⁵⁸ Vgl. *Vestnik ekonomiki i jul'*-avgust. Moskau 1994, S. 48 ff.

⁵⁹ Mündliche Angaben aus dem weißrussischen Ministerium für Intra-GUS-Beziehungen; vgl. *Russia - 1994. Economic Situation*. Centre of Economic Analysis. Moskau 1994.

⁶⁰ Insbesondere die Rohölpreise haben sich zwar seit Jahresbeginn deutlich erholt; sie lagen im ersten Halbjahr 1994 aber immer noch deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Vgl. *Russian Economic Trends*, Nr. 2/1994.

⁶¹ Vgl. *Russian Economic Trends*, Nr. 2/1994.

⁶² Vgl. Vladimir Konovalov: *Russian Trade Policy*. In: *The World Bank, Country Department III*. Washington 1994 (mimeo).

⁶³ Zur „Lerner-Äquivalenz“ von Export- und Importbeschränkungen vgl. Shantayanan Devarajan, Jeffrey D. Lewis, Sherman Robinson: *External Shocks, Purchasing Power Parity, and the Equilibrium Real Exchange Rate*. In: Working Paper No. 611. University of California at Berkeley. Mai 1991.

Preise vermieden; zum anderen würde die Transparenz der russischen Handelspolitik erhöht. Im Zusammenhang mit der anstehenden GATT-Mitgliedschaft Rußlands wären diese Maßnahmen auch Voraussetzung für eine verbindliche Fixierung („Listenbindung“) und anschließende schrittweise Reduzierung der Zollsätze.

Im Bereich der internationalen Handelspolitik stellt das im Juni 1994 abgeschlossene Partnerschaftsabkommen mit der Europäischen Union die Beziehungen Rußlands mit seinem wichtigsten Handelspartner (jeweils über ein Drittel der Exporte und Importe im Drittländerhandel) auf eine umfassende vertragliche Grundlage⁶⁴. Im handelspolitischen Teil des Abkommens werden die schon 1993 geltenden Regelungen über die wechselseitige Meistbegünstigung und die Einbeziehung Rußlands in das Allgemeine (Zoll-) Präferenz-System der EU (ursprünglich für Entwicklungsländer) festgeschrieben⁶⁵. Die Bedingungen für die Einführung neuer Handelshemmnisse werden enger gefaßt und entsprechende Konsultationsmechanismen institutionalisiert. Weitere Vereinbarungen betreffen die Niederlassung und Geschäftstätigkeit von Gesellschaften auf dem Gebiet des jeweiligen Vertragspartners sowie arbeits- und sozialrechtliche Fragen.

Damit leistet das Abkommen allerdings kaum einen Beitrag zu einem Abbau der Barrieren der EU gegen Importe aus Rußland. Die Bedingungen für die Anwendung handelspolitischer Maßnahmen (z.B. Anti-Dumping) bleiben zum Teil hinter den Regelungen zurück, die ohnehin nach dem bevorstehenden Beitritt Rußlands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT) gelten werden. Auch nach Abschluß des Abkommens bleibt es bei den Meistbegünstigungszollsätzen, die Industriegüterimporte zugunsten von Rohstoffen diskriminieren. Damit behindern sie eine Diversifizierung der russischen Exporte. Dies wiegt um so schwerer, als das Allgemeine Präferenz-System der EU nicht zu einer wesentlichen Entlastung führt und anderen Transformationsländern durch die Europa-Abkommen (Polen, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Tschechische und Slowakische Republik) bzw. Freihandelsabkommen (baltische Staaten) deutlich günstigere Marktzugangsbedingungen eingeräumt wurden.

Nicht verändert werden durch das Partnerschaftsabkommen schließlich die bestehenden Handelsbeschränkungen im Agrarsektor sowie in den Bereichen Stahl, Buntmetalle, Chemikalien und Weltraumtransport. Gerade hier könnte Rußland kurzfristig seine Exporte ausweiten. Mittelfristig werden die häufigen Erklärungen über die westliche Unterstützung für den Transformationsprozeß in Rußland an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie nicht mit der Bereitschaft verbunden sind, die notwendigen Struktur Anpassungen als Folge der Eingliederung Rußlands in die internationale Arbeitsteilung zuzulassen.

Zahlungsbilanz und Auslandsverschuldung

Eine zusammenhängende Zahlungsbilanz wird in Rußland bisher nur für die Wirtschaftsbeziehungen mit Dritt-

ländern außerhalb der GUS erstellt. Obwohl genaue Daten lediglich für das erste Quartal 1994 vorliegen, lassen weitere verfügbare Einzelinformationen den Schluß zu, daß sich im ersten Halbjahr 1994 das Gesamtbild verglichen mit dem Jahr 1993 nicht wesentlich geändert hat. Unverändert weist die Handelsbilanz einen nennenswerten Überschuß aus, der nach den vorliegenden Statistiken im ersten Halbjahr 1994 bei etwa 8 Mrd. US-\$ lag⁶⁶. Unter den Kapitalzuflüssen im mittel- und langfristigen Bereich ist vor allem die zweite Tranche der Systemtransformationsfazilität des IWF in Höhe von 1,5 Mrd. US-\$ zu nennen. Von westlichen Regierungen garantierte Handelskredite beliefen sich auf bis zu 2 Mrd. US-\$⁶⁷. Angesichts der niedrigeren Inflationsraten war ein etwas größeres Interesse ausländischer Investoren sowohl bei Direkt- als auch bei Portfolioinvestitionen zu verzeichnen. Aufs Ganze gesehen blieben die Mittelzuflüsse in diesem Bereich mit bis zu 1 Mrd. US-\$ im ersten Halbjahr 1994 aber gering⁶⁸.

Für die russischen Auslandsforderungen gegenüber zahlreichen Entwicklungsländern, die mit insgesamt 147 Mrd. US-\$ angegeben werden, hat sich ansatzweise ein Sekundärmarkt herausgebildet, wo einzelne Titel zu 10 bis 20 vH ihres Nennwertes verkauft werden. Da es sich bei den Schuldnerländern aber größtenteils um Empfänger von Waffenlieferungen sowie um sehr arme Länder wie Äthiopien und Mosambik handelt, bleiben die empfangenen Schuldendienstleistungen mit voraussichtlich etwa 2 Mrd. US-\$ im Gesamtjahr deutlich hinter den vertraglichen Ansprüchen zurück⁶⁹.

Trotz dieser Zuflüsse kommt die russische Regierung auch in diesem Jahr ihren Schuldendienstverpflichtungen nicht nach. Für die 1994 fälligen Zahlungen in Höhe von 7 Mrd. US-\$ aus Regierungskrediten an die ehemalige Sowjetunion wurde im Pariser Club wiederum eine langfristige Umschuldung nach dem Muster der Regelung für das vergangene Jahr vereinbart⁷⁰. Die Verhandlungen über die Verbindlichkeiten gegenüber privaten Banken von insgesamt 24 Mrd. US-\$ konnten im Rahmen des Londoner

⁶⁴ Text des Abkommens u.a. in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Dokumente, KOM(94) 257 endg., Brüssel 1994. Vgl. Nachrichten für Außenhandel vom 13./14. Juli 1994.

⁶⁵ Zu den 1993 geltenden Regelungen vgl. Bartłomiej Kaminski und Alexander Yeats: OECD Trade Barriers Faced by the Successor States of the Soviet Union. In: Policy Research Working Papers. International Trade, WPS 1175. Weltbank, Washington, D.C. 1993.

⁶⁶ Auf die statistisch nicht erfaßten Importe wird weiter unten eingegangen.

⁶⁷ Vgl. Vestnik ekonomiki ijuł'-avgust. Moskau 1994, S. 45 ff.

⁶⁸ Vgl. Kommersant vom 9. August 1994 und Financial Times vom 24. und 26. September 1994. Zum Teil werden von russischen Politikern auch deutlich höhere Zahlen genannt, ohne daß mitgeteilt wird, wie diese Schätzungen zustandekommen.

⁶⁹ Vgl. Izvestija vom 2. Juli 1994 und 4. August 1994; Financial Times vom 27./28. August 1994.

⁷⁰ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September 1994.

Clubs aus formalen Gründen immer noch nicht abgeschlossen werden. Es bleibt bei einem jeweils vierteljährlich befristeten Zahlungsaufschub⁷¹. Eine mittelfristige, befriedigende Lösung der Schuldenfrage müßte wohl zumindest beinhalten, daß Rußland laufende Zinsen für seine Auslandsschulden aufbringt. Überschlägig gerechnet wären dies bei Außenständen von mehr als 90 Mrd. US-\$ und einem hypothetischen Zinssatz von 7,5 vH etwa 6,75 Mrd. US-\$ pro Jahr⁷². Dieser Betrag liegt deutlich über den voraussichtlichen Schuldendienstleistungen in diesem Jahr von etwa 4 Mrd. US-\$, die im übrigen die Tilgung von nach 1991 aufgenommenen Krediten einschließen.

Über den Verbleib der nicht für den Schuldendienst aufgewandten Mittelzuflüsse können nach dem jetzigen Informationsstand keine genauen Angaben gemacht werden. Die Währungsreserven von Zentralbank und Finanzministerium nahmen von 4,2 Mrd. US-\$ zur Jahreswende auf 7,0 Mrd. US-\$ am 1. Juni 1994 zu⁷³. Der Bestand an Dollar-Banknoten außerhalb des Bankensystems soll allein im ersten Quartal 1994 um knapp 3 Mrd. US-\$ gestiegen sein⁷⁴. Dies würde eine stark zunehmende Dollarisierung der russischen Volkswirtschaft bedeuten. Angesichts nachhaltig gesunkener monatlicher Inflationsraten erscheint eine solche Entwicklung aber wenig wahrscheinlich. Zumindest plausibel ist hingegen, daß diese Barzuflüsse an Nichtbanken großenteils zur Bezahlung statistisch nicht erfaßter Importe verwendet wurden. Diese könnten im ersten Halbjahr 1994 insgesamt bis zu 5 Mrd. US-\$ betragen haben. Angesichts von statistisch ausgewiesenen Mittelzuflüssen von insgesamt etwa 12 Mrd. US-\$ in diesem Zeitraum bleiben selbst bei Zugrundelegung dieser hohen Schätzung per saldo Abflüsse von etwa 4 Mrd. US-\$ ungeklärt. Dies spricht dafür, daß entgegen anderslautenden Äußerungen einiger russischer Politiker weiterhin in erheblichem Umfang Kapital ins Ausland abgeflossen ist.

Weitgehend offen ist immer noch die Behandlung der Handelsbilanzdefizite der meisten GUS-Mitgliedsländer gegenüber Rußland. Die größten Schuldner sind hier die Ukraine, Kasachstan und Weißrußland. Seitdem die russische Zentralbank keine Überziehungskredite auf den Korrespondenzkonten mehr gewährt, haben diese Staaten gegenüber ihren russischen Lieferanten von Erdgas und Rohöl umfangreiche Zahlungsrückstände angehäuft (so etwa die Ukraine: 1,1 Mrd. US-\$ und Weißrußland: knapp 360 Mill. US-\$ zur Jahresmitte 1994)⁷⁵. In der Vergangenheit kam es in solchen Fällen wiederholt zu Liefersperren. Ausgeglichen wurden die Zahlungsrückstände dann teilweise durch die Übertragung von Vermögenswerten an die russischen Konzerne oder durch Regierungskredite aus Rußland. Letztere lauten auf US-\$ und sind mit maximal 2 vH über Libor zu verzinsen⁷⁶.

Im russischen Staatshaushalt für 1994 sind offenbar weitere Kredite an GUS-Mitgliedsländer in Höhe von über 533 Mrd. Rubel vorgesehen; dies entsprach zu Jahresbeginn über 400 Mill. US-\$⁷⁷. In Anbetracht der hohen aufge-

laufenen Außenstände und des erhöhten Bedarfs an Energieträgern wegen des bevorstehenden Winters müßten die betroffenen Staaten ohne derartige Hilfe wohl mit ernstem Versorgungsengpässen rechnen. Völlig offen ist allerdings angesichts ihrer schlechten Wirtschaftslage und ihres geringen Exportpotentials, wie sie auf die Dauer den Schuldendienst gewährleisten können.

Währungspolitik

Die Zentralbank hat ihre im Juli 1993 eingeleitete Politik der Auflösung der Rubelzone fortgesetzt und die Kreditierung der übrigen GUS-Staaten eingestellt⁷⁸. Seit Anfang 1993 waren Regierung und Zentralbank bereits dazu übergegangen, Kredite an die GUS-Staaten grundsätzlich nicht mehr durch die Zentralbank, sondern in Form von Regierungskrediten zu Marktkonditionen zu vergeben. Gleichzeitig wird der Zahlungsverkehr zwischen den Nachfolgestaaten zunehmend über Geschäftsbanken und kaum noch über die Korrespondenzkonten der Zentralbanken abgewickelt⁷⁹. Nachdem noch im August 1993 der Anteil der an die übrigen Nachfolgestaaten vergebenen Zentralbankkredite an den gesamten Krediten der Zentralbank bei 30 vH gelegen hatte, war dieser kontinuierlich auf schließlich 14 vH im Juli 1994 gesenkt worden⁸⁰. Damit geht von der Rubelzone ein immer geringerer inflatorischer Druck

⁷¹ Vgl. Handelsblatt vom 29. August 1994.

⁷² Für die jüngste Umschuldung der Verbindlichkeiten gegenüber Deutschland auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung mit dem Pariser Club wurde der Durchschnittszins der vergangenen zwölf Monate für langfristige Staatsanleihen festgelegt. Zehnjahres-Anleihen der Vereinigten Staaten notieren zur Zeit mit etwa 7,5 vH. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September 1994.

⁷³ Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 1/1994; Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii. Tekuščie tendencii v denezno-kreditnoj sfere, Nr. 8/1994; Financial Times vom 3. Oktober 1994. Aufgrund umfangreicher Devisenmarktinterventionen der Zentralbank zugunsten des Rubel sanken die Währungsreserven im dritten Quartal auf etwa 4 bis 5 Mrd. US-\$.

⁷⁴ Vgl. Ekonomika i Žizn', Nr. 30/1994.

⁷⁵ Vgl. Vestnik ekonomiki iJul'-avgust. Moskau 1994, S. 48 ff.

⁷⁶ Mündliche Angaben eines Vertreters der weißrussischen Nationalbank; Financial Relations Among the Countries of the Former Soviet Union. In: Economic Reviews, Nr. 1, International Monetary Fund (IMF), Washington 1994, Tabelle 3.

⁷⁷ Vgl. Vestnik ekonomiki iJul'-avgust. Moskau 1994, S. 52.

⁷⁸ Nachdem im dritten Quartal 1993 noch einmal zwischenstaatliche Kredite in Höhe von 600 Mrd. Rubel geflossen waren, nahmen die Forderungen der russischen Zentralbank gegenüber den übrigen Nachfolgestaaten bis Mai 1994 — von einem leichten Anstieg im ersten Quartal 1994 abgesehen — kontinuierlich ab.

⁷⁹ Vgl. Russian Economic Trends, Nr. 1/1994, S. 28.

⁸⁰ Vgl. Vestnik Banka Rossii vom 9. August 1994, S. 5. In den letzten Monaten von 1993 waren keine neuen Zentralbankkredite mehr an die GUS-Staaten geflossen; vgl. dazu Russian Economic Trends, Nr. 1/1994.

auf die russische Wirtschaft aus. Nachdem bereits am Anfang dieses Jahres nur noch Tadschikistan Mitglied der Rubelzone gewesen war, ist mit Weißrußland zwar im April ein Abkommen über die Vereinigung der Geldsysteme unterzeichnet worden, allerdings sind im Bereich der monetären Integration bisher keine Fortschritte erzielt worden⁸¹. Lediglich die erste Stufe der in dem Abkommen festgelegten Integration wurde Ende Mai mit der Aufhebung zwischenstaatlicher Handelsbeschränkungen erreicht.

Die Bestimmung des Wechselkurses zum US-\$ erfolgt nach wie vor unter erheblichen Interventionen der Zentralbank⁸². Insgesamt hat sich der Kursverfall des russischen Rubel mit einer nominalen Abwertung in den ersten sechs Monaten von 1994 von 58 vH im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1993, als der Rubel lediglich um 18 vH abwertete, beschleunigt. Anfang Oktober 1994 kam es zu einem ausgeprägten Kurssturz des Rubel am Devisenmarkt. Entscheidend für diesen Kurssturz waren die im Spätsommer 1994 einsetzende Beschleunigung der Vergabe von Zentralbankkrediten, die dadurch wieder zunehmenden Inflationserwartungen und die gleichzeitige Senkung des Refinanzierungssatzes auf zuletzt 130 vH. Daraufhin ergab sich ein Angebotsüberhang von Rubel, den die Zentralbank durch Interventionen zu beseitigen versuchte. Diese Interventionen, in deren Folge die Devisenreserven der

Zentralbank von etwa 7 Mrd. auf 3,4 Mrd. US-\$ sanken, konnten jedoch nicht verhindern, daß es bereits in den Wochen vor dem Kurssturz zu einem immer schnelleren Verfall des Rubelkurses kam. Als die Zentralbank ihre Interventionen einstellte und sich an der Devisenbörse die Meinung verfestigte, daß weitere Kursstützungen ausbleiben würden, kam es zu der panikartigen Flucht aus dem Rubel, mit einem Kursrückgang von etwa 20 vH an nur einem Tag. Durch erneute, massive Zentralbankinterventionen konnte dieser Kursverlust zwar wieder rückgängig gemacht werden, doch sanken die Devisenreserven der Zentralbank auf zuletzt nur noch 1,8 Mrd. US-\$⁸³. Zur Stabilisierung des

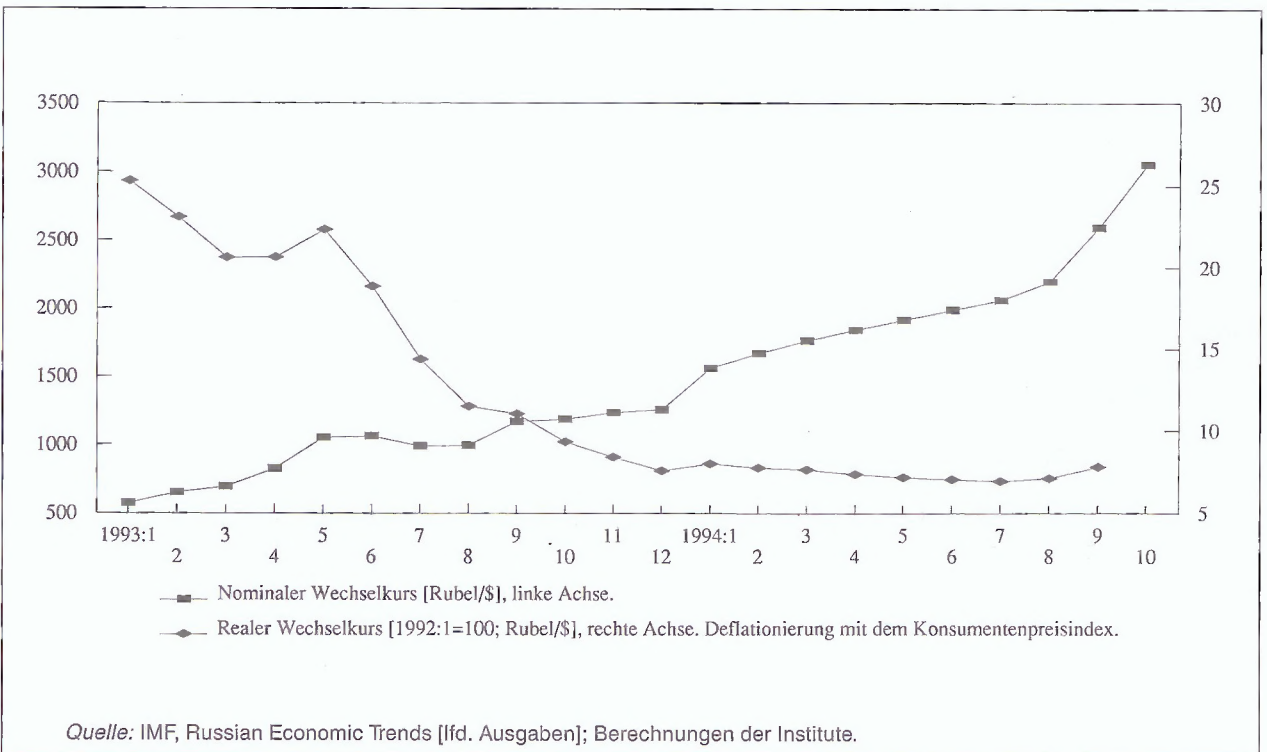
⁸¹ Für eine ausführliche Analyse des Abkommens zwischen Rußland und Weißrußland vgl. Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands. Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Vierter Zusatzbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1994. Dieser Bericht wurde auch als Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 234/1994, und als IWH Forschungsreihe 4/1994 veröffentlicht.

⁸² Vgl. etwa Neue Zürcher Zeitung vom 25. August 1994; Kommentar vom 31. Mai 1994, S. 12. Die folgenden Angaben zur Wechselkursentwicklung beruhen auf Daten des Staatskomitees für Statistik und internen Arbeitsunterlagen des Finanzministeriums.

⁸³ Vgl. Reuters vom 17. Oktober 1994.

Schaubild 3

Entwicklung des Wechselkurses 1993 bis 1994
Rubel je US-\$



Devisenmarktes wurden zudem die Refinanzierungszinssätze der Zentralbank auf 170 vH angehoben, und Dollar-Nachfrager mußten den Rubelgegenwert bereits zwei Tage vorfristig in voller Höhe deponieren.

Die reale Aufwertung des Rubel gegenüber dem US-\$ blieb im ersten Halbjahr 1994 mit 6 vH weiter unter der Rate des vorherigen Halbjahres, als sie 60 vH betrug (vgl. Schaubild 3). Diese geringe Änderung des realen Wechselkurses ist die Folge sowohl der stärkeren nominalen Abwertung des Rubel als auch der Eindämmung des Preisauftriebs in Rußland. Die jüngsten Ereignisse um den Rubelkurs ändern an dieser Feststellung nichts. Im Ergebnis bedeutet diese Entwicklung, daß sich die Exportchancen russischer Unternehmen auf den Weltmärkten kaum verändert haben dürften.

Ordnungspolitische Entwicklungen

Privatisierungsvorschriften

Wie auch in den Vorjahren war zu Beginn des Jahres 1994 ein Privatisierungsprogramm in Kraft gesetzt worden, auf dessen Grundlage die kleine und große Privatisierung bis zum Ende der ersten Privatisierungsphase durchgeführt werden sollte. Diese endete mit dem Abschluß der Voucher-Privatisierung am 30. Juni 1994. Daher mußten für die unmittelbar anschließende zweite Privatisierungsphase neue Durchführungsbestimmungen beschlossen werden. Dabei kam es wie schon vor der Verabschiedung des Privatisierungsprogramms 1994 zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament, das dem Regierungsentwurf seitdem die Zustimmung verweigert. Somit wurden die „Grundsätze des staatlichen Programms zur Privatisierung von staatlichen und kommunalen Betrieben in der Russischen Föderation nach dem 1. Juli 1994“ erst durch den Erlaß des Präsidenten Nr. 1535 vom 22. Juli 1994 in Kraft gesetzt⁸⁴. Die Grundsätze für die zweite Privatisierungsphase schreiben das Privatisierungsprogramm 1994 in wichtigen Punkten fort, führen aber auch neue Regelungen ein⁸⁵:

— Der Umfang der Privatisierung: Wie bisher entscheiden die Regierung und die staatliche Vermögensverwaltung darüber, in welchen Wirtschaftszweigen eine Privatisierung uneingeschränkt stattfinden kann, eine zeitlich begrenzte Staatsbeteiligung erforderlich ist oder eine Privatisierung generell ausgeschlossen bleibt. Die Privatisierung in „sensiblen“ Bereichen ist weiterhin unter dem Vorbehalt einer auf drei Jahre befristeten Staatsbeteiligung in Höhe von 25,5 oder 51 vH möglich. Zu diesen Bereichen zählen etwa Nachrichtenwesen, Energiewirtschaft, Rohstoffförderung, Atomanlagenbau, Außenhandelsunternehmen, Transportwesen und Rüstung. Die Dauer der staatlichen Beteiligung kann zwar um weitere drei Jahre verlängert werden, doch kann ebenso das gesamte staatliche Aktienpaket vorzeitig verkauft werden. Ein Kompromiß-

vorschlag der Regierung an das Parlament sah vor, Betriebe mit mehr als 50 000 Beschäftigten und einem Buchwert von mehr als 200 Mrd. Rubel nur mit der Zustimmung beider Parlamentskammern zu privatisieren. Außerdem sollten „sensible“ Unternehmen vorerst von der Privatisierung ausgenommen werden.

- Zahlungsmittel bei der Privatisierung: Grundsätzlich wird nunmehr die Bezahlung für den Erwerb staatlichen Eigentums vorgeschrieben. Die noch vorhandenen Voucher dürfen aufgrund eines Präsidentenerlasses lediglich innerhalb eines Übergangszeitraums weiterverwendet werden. In Ausnahmefällen ist eine unentgeltliche Übertragung von staatlichem Eigentum möglich.
- Die Privatisierung von Grund und Boden: Im Einklang mit dem Ende 1993 eingeräumten Recht auf privaten Bodenerwerb⁸⁶ sehen sowohl das Programm 1994 als auch die Grundsätze die Privatisierung bebauter und unbebauter Grundstücke vor, sofern sie gewerblichen Zwecken dienen. Nach den Grundsätzen ist eine Privatisierung von Grund und Boden nicht vorgesehen, wenn es sich dabei um land- oder forstwirtschaftliche Flächen — für diese gilt ein eigenes Regelwerk —, um Liegenschaften, die für Infrastrukturzwecke benötigt werden, oder um umweltgeschädigte Flächen handelt. Bei den Einigungsversuchen mit dem Parlament war die Regierung bereit, generell auf den Verkauf von Grund und Boden solange zu verzichten, bis das Parlament ein entsprechendes Gesetz verabschiedet hätte.
- Privilegien der Belegschaften: Abweichend vom Privatisierungsprogramm räumen die Grundsätze der Belegschaft eines zu privatisierenden Betriebes nicht länger das Privileg ein, 51 vH der stimmberechtigten Aktien zu Vorzugskonditionen zu erwerben. Es wird den Belegschaften nur noch das Privileg gewährt, stimmrechtslose Aktien in Höhe von 25 vH des Grundkapitals unentgeltlich zu erhalten sowie stimmberechtigte Aktien in Höhe von bis zu 10 vH des Grundkapitals mit einem 30prozentigen Preisnachlaß zu erwerben.
- Privatisierungsverfahren: Die Grundsätze nennen als weitere Privatisierungsverfahren neben der unentgeltlichen Übertragung Investitionsausschreibungen, kommerzielle Ausschreibungen (auch mit begrenzter Teilnehmerzahl) sowie Auktionen. Im Fall offener Aktiengesellschaften müssen Aktienpakete von mindestens 15 bis 20 vH des Grundkapitals angeboten werden. Ausländische Investoren können im allgemeinen ohne

⁸⁴ Vgl. *Sobranie zakonodatel'stva*, Nr. 13/1994, S. 1 974 f.

⁸⁵ Zu den folgenden Ausführungen vgl. *Kommersant* vom 2. August 1994, S. 54 ff. und 9. August 1994, S. 54 f.; *WVD-Osteuropa* vom 22. Juli 1994, S. 2 und vom 25. Juli 1994, S. 6; *East-West Investment News*, Nr.1/1994. *United Nations Economic Commission for Europe (ECE)*, S. 6 f.

⁸⁶ Vgl. *Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Talfahrt durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht.*, a.a.O., S. 19 f.

besondere Erlaubnis an den Privatisierungsveranstaltungen teilnehmen. Im Jahr 1993 hatten sich ausländische Investoren vornehmlich an den 181 Investitionsausschreibungen beteiligt, von denen sie jede fünfte für sich entschieden⁸⁷.

Insgesamt vermitteln die neuen Grundsätze für die zweite Privatisierungsphase den Eindruck, daß Privatisierungshindernisse abgebaut wurden, sofern dies nicht schon durch das Privatisierungsprogramm 1994 geschehen war: Das Parlament verfügt über kein Veto-Recht bei Unternehmensprivatisierungen, die Privatisierung auch „sensibler“ Unternehmen ist möglich, Grund und Boden können in Privateigentum übergehen, und die Privilegien der Belegschaften schließen nicht länger Mehrheitsbeteiligungen externer in- und ausländischer Investoren aus. Jedoch muß bedenklich stimmen, daß die Regierung bei den Verhandlungen mit dem Parlament eine Kompromißlinie vertrat, die gerade diese Fortschritte geopfert hätte. Daher dürfte von dem für Herbst 1994 geplanten Privatisierungsgesetz, das den entsprechenden Präsidentenerlaß ersetzen soll, eher eine Verschlechterung der Privatisierungsbedingungen zu erwarten sein.

Konkursvorschriften

Das seit dem 1. März 1993 geltende Konkursgesetz wurde bislang kaum umgesetzt. Dem Staatskomitee für Vermögen wurde in einem ersten Schritt per Erlaß des Präsidenten vom Dezember 1993 neben der Zuständigkeit für die Privatisierung auch die Zuständigkeit für Konkursverfahren übertragen⁸⁸. Weitere Schritte stellen der Regierungsbeschluß vom Mai „Über einige Maßnahmen zur Durchführung der Gesetzgebung zur Insolvenz von Betrieben“ sowie ein Präsidentenerlaß vom Juni „Über den Verkauf staatlicher Schuldnerbetriebe“ dar⁸⁹.

Gemäß dem Regierungsbeschluß soll zu Beginn eines Konkursverfahrens mit Hilfe eines Bewertungssystems darüber entschieden werden, ob ein Unternehmen zahlungsunfähig ist und ob es möglich ist, die Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen. Danach kann ein Antrag auf finanzielle Unterstützung oder Verkauf gestellt werden. Die Regierung gewährt eine finanzielle Unterstützung, wenn ein Unternehmensplan besteht, der die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit des Unternehmens sowie die Aufrechterhaltung der Produktion möglich erscheinen läßt. Außer für Sanierungszwecke können staatliche Finanzhilfen auch für die Abwicklung von Liquidationsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

An diesen Regierungsbeschluß knüpfte der Präsidentenerlaß an, der die Voraussetzungen für den Verkauf eines Schuldnerbetriebs — Zahlungsunfähigkeit und mangelnde Voraussetzungen für eine staatliche Finanzhilfe — sowie die möglichen Formen des Verkaufs beschreibt. Zu den aufgeführten Verkaufsformen zählen der Verkauf über kommerzielle Ausschreibungen oder Investitionsausschreibungen unter Beibehaltung der Rechtspersönlich-

keit der Schuldnerbetriebe, die Liquidation der Schuldnerbetriebe mit nachfolgendem Verkauf der Aktiva auf Auktionen oder über Ausschreibungen und der Verkauf der im staatlichen Eigentum befindlichen Geschäftsanteile auf Auktionen⁹⁰.

Trotz dieser neuen Regelungen bleibt das eigentliche Problem bestehen: Das Konkursrecht dient weniger der zügigen Abwicklung, sondern vielmehr der Verhinderung von Konkursen durch staatliche Finanzhilfen. Die Sanierung eines notleidenden Unternehmens auf dem Wege der Privatisierung bzw. der Liquidation mit einem Verkauf der Produktionsmittel an private Nutzer scheint nur für die selbst aus Sicht der staatlichen Sanierer hoffungslosen Fälle vorgesehen zu sein. So befanden sich bis August 1994 erst wenige Unternehmen in unterschiedlichen Phasen des Konkursverfahrens: In 60 Fällen fehlte nur noch die Entscheidung des zuständigen Wirtschaftsgerichts, für 100 weitere Unternehmen war das Konkursverfahren eingeleitet worden. Nach Untersuchungen der Konkursabteilung des Staatskomitees für Vermögen scheint das Konkurspotential allerdings wesentlich höher zu sein: So sollen alleine 1 500 mittlere und große Betriebe mit einem Staatsanteil von mehr als 25 vH die Kriterien der Zahlungsunfähigkeit erfüllen, wobei vor allem Unternehmen aus den Bereichen Textilindustrie, Maschinenbau und Transportwesen betroffen sind⁹¹.

Steuervorschriften

Ende Dezember 1993 wurden Veränderungen im Steuersystem eingeleitet, die über die bis dahin üblichen Novellierungen einzelner Steuern hinausgehen (vgl. Tabelle 11)⁹². Zu den wichtigsten Änderungen zählt die Anhebung des Körperschaftsteuersatzes, der nunmehr bis zu 38 vH betragen kann. Es hängt von den einzelnen Föderationssubjekten ab, ob dieser Höchstsatz angewendet wird. Banken und Versicherungen können allerdings mit einem Steuersatz von bis zu 43 vH belastet werden⁹³. Ebenfalls zu einer hö-

⁸⁷ Vgl. Bericht über die Ergebnisse der ersten Phase der Privatisierung in der Russischen Föderation und die Grundsätze der Privatisierung von staatlichen und kommunalen Betrieben nach dem 1. Juli 1994. Goskomimuschestvo. Moskau 1994, S. 9.

⁸⁸ Vgl. Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Beschleunigte Tafel durch verschleppte Reformen. Vierter Bericht., a.a.O., S. 19.

⁸⁹ Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 5/1994, S. 764 ff., Nr. 6/1994, S. 862 ff.

⁹⁰ Vgl. Ekonomika i žizn', Nr. 24/1994, S. 1.

⁹¹ Vgl. Finanzen und Wirtschaft, Nr. 14/1994, S. 12.

⁹² Die rechtliche Grundlage für diese Steuerreform bilden der Präsidentenerlaß Nr. 2270 vom 22. Dezember 1993 „Über einige Änderungen in der Besteuerung und dem Verhältnis der Budgets der verschiedenen Ebenen“ und der mit diesem verknüpfte Präsidentenerlaß Nr. 2292 vom 24. Dezember 1993 „Über die Einführung von Änderungen und Ergänzungen“. Vgl. Sobranie zakonodatel'stva, Nr. 52/1993, S. 5 723; Ekonomika i žizn', Nr. 4/1994, S. 1.

⁹³ Steuervorteile hingegen werden „kleineren“ Industriebetrieben eingeräumt: Gewinnsteuerbefreiung in den ersten zwei Jahren nach der Gründung, im dritten Jahr 25 vH der normalerweise zu entrichtenden Steuersumme und 50 vH im vierten Jahr.

Tabelle 11

Wichtige Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem 1992 bis 1994

Steuerarten	Steuersätze in vH		Bemessungsgrundlagen
	Dezember 1992	Juni 1994	
Mehrwertsteuer allgemein	20	20	Warenumsatz
ermäßigt	10	10	
Sonderumsatzsteuer	—	3	Warenumsatz
Akzisen	n.v.	bis 300	Warenwert
Körperschaftsteuer (Gewinnsteuer)			Bilanzgewinn
allgemein	32	bis 38 ¹⁾	
Banken	bis 30	bis 43 ²⁾	
Versicherungen	25	bis 43 ²⁾	
Persönliche Einkommensteuer	12-40 stufenweise progressiv	12-30 stufenweise progressiv	Einkommen
Betriebliche Vermögensteuer ³⁾	bis 0,5	1-2	Bruttobetriebsvermögen
Sozialabgaben	n.v.	39	Bruttolohnsumme
Sozialsteuer		5,4	
Rentenfonds		28 + 1 ⁴⁾	
Krankenversicherung		3,6	
Beschäftigungsfonds		2	
Steuer auf „über-normative“ Löhne	32,50	38 ¹⁾	Lohnsumme ⁵⁾
Transportsteuer	—	1	Lohnsumme
Sonstige regionale Steuern ⁶⁾	—	verschieden	verschieden

1) In den föderalen Haushalt fließen 13 vH, in die regionalen Haushalte bis zu 25 vH; bei dem regionalen Anteil existiert eine breite Streuung (z.B. 25 vH in Moskau, 5 vH in Kalmückien). — 2) Die föderale Komponente beträgt 13 vH, die regionale bis zu 30 vH. — 3) Regional variierbar. — 4) Arbeitnehmerbeitrag bezogen auf den Bruttolohn. — 5) 1993 wurde der Betrag, der das Vierfache bzw. Achtfache des gesetzlichen Mindestlohns überstieg, mit 32 bzw. 50 vH besteuert; der neue Satz gilt für den Betrag, der das Sechsfache übersteigt. — 6) Dazu zählen: Regionale Transportsteuer, Steuer auf Wohneigentum, Steuer auf den Betrieb von Bildungseinrichtungen, Steuer auf den Devisenhandel, Reklamesteuer, Umweltabgaben u.a.

Quellen: Blick durch die Wirtschaft vom 20. Juni 1994; Kommersant vom 24. Mai 1994, S. 54 ff.; Ekonomika i Žizn', Nr. 15/1994, S. 18; VWD-Osteuropa vom 8. Juni 1994, S. 8.

heren Belastung vieler Unternehmen führt der Anstieg der Vermögensteuer. Da Barmittel und Forderungen nicht länger der Vermögensteuer unterliegen, sind weniger Handels- und Finanzunternehmen als vielmehr Industrieunternehmen mit relativ großen Anlagevermögen betroffen⁹⁴. Zusätzliche Belastungen können sich weiterhin aus den geänderten Bedingungen für die Steuer ergeben, die auf Lohnzahlungen erhoben wird, die gegenwärtig das Sechsfache des Mindestlohnes überschreiten. Die allgemeine Steuerlast wird desweiteren durch eine zweckgebundene Sonderumsatzsteuer angehoben. Diese dreiprozentige Sondersteuer soll zur „finanziellen Unterstützung der wichtigsten Branchen der Volkswirtschaft der Russischen Föderation und zur Sicherstellung der dauerhaften Arbeit der Betriebe dieser Branchen“ verwendet werden. Dar-

über hinaus soll diese Steuer zum regionalen Finanzausgleich beitragen⁹⁵. Gleichzeitig wurde die Mehrwertsteuerpflicht auf Darlehen, ausgenommen Bankkredite, ausgedehnt. Damit verteuert sich etwa für ein ausländisches Unternehmen die Finanzierung einer russischen Tochtergesellschaft, wenn dies auf dem Wege eines Gesellschafterdarlehens geschieht⁹⁶ (vgl. Tabelle 11).

Doch ist die Steuerreform mit den im Dezember 1993 eingeleiteten Maßnahmen nicht abgeschlossen. Denn Erlasse

⁹⁴ Vgl. Presseschau Ostwirtschaft. Ost- und Südosteuropa-Institut. Wien 1994, S. 61.

⁹⁵ Vgl. Ekonomika i Žizn', Nr. 11/1994, S. 1.

⁹⁶ Vgl. Blick durch die Wirtschaft vom 20. Juni 1994.

des Präsidenten verpflichten die Regierung zu weitreichenden Änderungen in der Steuerpolitik, die zum Teil von der Richtung der bisherigen Steuerreform abweichen. So fordert ein Präsidentenerlaß vom Mai 1994 Entlastungen, die vornehmlich den Unternehmen zugute kommen sollen: Demgegenüber enthält dieser Erlaß aber auch die Forderung nach einer zusätzlichen Belastung der privaten Haushalte⁹⁷. Schließlich wird die Regierung durch einen Präsidentenerlaß vom Juli 1994 aufgefordert, einen Gesetzentwurf über Steuerbefreiungen für den Kapitaleinsatz im Rahmen des Privatisierungsprozesses vorzubereiten⁹⁸.

Insgesamt vermitteln die durchgeführten und beabsichtigten Änderungen der Steuervorschriften ein wenig konsistentes Bild. Die Ende letzten Jahres beschlossenen Änderungen führten de jure zu einem Anstieg der Steuerbelastung, insbesondere für Unternehmen. Die Beweggründe für diese Reform waren offensichtlich darin zu sehen, daß der Staatshaushalt durch Mehreinnahmen statt durch weitere Ausgabenkürzungen konsolidiert, die Finanzkraft der Regionen durch neue Steuerquellen statt durch eine Umverteilung von Steuerkompetenzen gestärkt und die Sanierung „wichtiger Branchen“ durch staatliche Finanzhilfen statt durch eine konsequente Privatisierung durchgeführt werden soll. Hingegen würde sich bei der Umsetzung des Präsidentenerlasses eine Entlastung für die Unternehmen ergeben. Allerdings enthalten die Erlasse des Präsidenten lediglich Absichtserklärungen und Forderungen, es fehlen rechtsverbindliche Zusagen. Die Vorschläge, die auf eine Vereinfachung des Steuersystems hinauslaufen, sprechen jedoch eines der Hauptprobleme an. Denn die gegenwärtigen Steuervorschriften sind so kompliziert, daß die Steuerverwaltung sie gar nicht oder nur relativ willkürlich zu handhaben weiß. Die Folge sind wachsende Steuerwiderstände bzw. ein Anstieg der Steuerhinterziehung. Eine Steuervereinfachung und eine damit einhergehende größere Transparenz des gesamten Steuersystems könnte Abhilfe schaffen.

Zusammenfassung und Ausblick

In ihrem diesjährigen Frühjahrgutachten zur wirtschaftlichen Lage Rußlands haben die Institute vor einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Probleme, insbesondere vor einem weiteren drastischen Rückgang der wirtschaftlichen Leistung und einer erneuten Beschleunigung der Inflation gewarnt. Die Entwicklung im ersten Halbjahr 1994 hat diese Warnung gerechtfertigt, der wirtschaftliche Niedergang scheint sich auch im zweiten Halbjahr fortzusetzen. Die Institute teilen die von verschiedenen Seiten in den vergangenen Monaten geäußerten optimistischen Beurteilungen der Lage in keiner Weise, auch wenn in einzelnen Teilbereichen zunächst eine Entspannung eingetreten zu sein scheint. Zu diesen Bereichen gehört vor allem der Preisanstieg, der sich in den vergangenen Monaten deutlich abgeschwächt hat. Der Anstieg der Verbraucherpreise nahm im direkten Monatsvergleich von 18 vH im Januar auf etwa 5 vH im Juli dieses Jahres ab. Dieser Rückgang der Infla-

tion ist vor allem auf eine Verringerung des Geldmengenwachstums im ersten Quartal des Jahres und auf positive Realzinsen zurückzuführen. Verschiedene Anzeichen — erneute Expansion der Geldmenge und der Zentralbankkredite im zweiten Quartal, Ausgabe subventionierter Kredite an Landwirtschaft, Schwerindustrie und militärisch-industriellen Komplex — deuten allerdings bereits wieder auf eine Lockerung der Geldpolitik hin.

Die Befürchtung, daß die Zentralbank abermals zu einer expansiven Geldpolitik übergehen wird, resultiert auch daraus, daß es für eine Reihe drängender wirtschaftspolitischer Probleme noch immer keine stabilitätsorientierten Lösungsansätze gibt: Die Einstellung der Vergabe subventionierter Kredite an den Unternehmenssektor hat zu einem drastischen Anstieg der Verschuldung der Unternehmen untereinander sowie ihrer Verschuldung gegenüber dem Bankensektor und dem Staatshaushalt geführt. Darüber hinaus hat sich das Problem der notleidenden Kredite in den Bilanzen der Banken verschärft, und es droht eine Bankenkrise. Auch der Staatshaushalt bleibt ein Stabilitätsrisiko erster Ordnung. Trotz realer Ausgabenkürzungen liegt das Haushaltsdefizit bei etwa 9 vH des BIP, da Einnahmefälle die Ausgabenkürzungen übertrafen. Die eingeleiteten steuerpolitischen Veränderungen verschärften die Inkonsistenz des Steuerrechts und lassen befürchten, daß von der Einnahmenseite keine Entlastung des Staatshaushalts zu erwarten ist. Angesichts der Tradition, diesen Problemen mit einer expansiven Geldpolitik zu begegnen, wäre es verfehlt festzustellen, daß die Zentralbank dauerhaft auf einen geldpolitischen Stabilitätspfad eingeschwenkt sei.

Der Rückgang der Inflation wurde von einer Senkung des realen Bruttoinlandsprodukts um 17 vH, der Industrieproduktion um 24 vH und der Investitionen um 27 vH im Zeitraum Januar bis Juli 1994 begleitet. Die stark gesunkene Industrieproduktion weist auch darauf hin, daß die Unternehmen ihre vormals hohen Lagerbestände an die beschränkten finanziellen Möglichkeiten angepaßt haben. Erstmals hat der Rückgang der Industrieproduktion auch langlebige Konsumgüter in nennenswertem Umfang erfaßt. Zwar ist die Industrieproduktion von Februar bis Juli nicht mehr drastisch zurückgegangen, dabei handelte es sich aber lediglich um eine saisonale Stabilisierung. Auch die verfügbaren Hinweise über den Umfang des unzureichend erfaßten Privatsektors lassen nicht darauf schließen, daß das Gesamtbild eines dramatischen Rückgangs der Wirtschaftsleistung revidiert werden könnte. Gewarnt werden muß vor der Vorstellung, daß der Produktionsrückgang mit Hilfe einer erneuten monetären Expansion gedämpft werden könnte. Eine solche Lockerung der Geldpolitik würde zu keiner nennenswerten realwirtschaftlichen Belebung führen, weil die daraus resultierenden zusätzlichen Ansprüche an das Sozialprodukt auf Produktionska-

⁹⁷ Vgl. *Sobranie zakonodatel'stva*, Nr. 5/1994, S. 635 f.

⁹⁸ Vgl. *Sobranie zakonodatel'stva*, Nr. 13/1994, S. 1 974 ff.

pazitäten stießen, die weitgehend ineffizient und darüber hinaus in den letzten Jahren zunehmend veraltet sind. Vielmehr wäre mit einer abermaligen Beschleunigung der Inflation zu rechnen. Die Stabilisierungsfortschritte im ersten Halbjahr würden sogleich wieder zunichte gemacht.

Die Lage der privaten Haushalte scheint sich insofern verbessert zu haben, als die Realeinkommen gestiegen sind. Diese Aussage ist allerdings zu relativieren, da angesichts der umfangreichen Zahlungsrückstände der Unternehmen bezweifelt werden muß, daß die Löhne in voller Höhe ausgezahlt worden sind. Der Anteil des Konsums am Einkommen ist zurückgegangen, während die Spareinlagen nicht zuletzt wegen der positiven Realzinsen zugenommen haben. Insgesamt ist der Anteil des privaten Konsums am BIP weiter gestiegen, während der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt gesunken ist; dies gilt vor allem für Anlageinvestitionen. Bei einem zurückgehenden Investitionsniveau wäre die effiziente Allokation der Ressourcen von besonderer Bedeutung für die Stabilisierung der Produktion. Strukturveränderungen, von denen auf eine effizientere Verwendung der Investitionsmittel geschlossen werden könnte, lassen sich gesamtwirtschaftlich, sektoral und auf Unternehmensebene aber nur in sehr beschränktem Umfang beobachten. Veraltete Kapazitäten wurden bisher kaum stillgelegt; statt dessen wurde die Kapazitätsauslastung herabgesetzt. Die Wirtschaftspolitik kann den Lebensstandard der Bevölkerung unter Beibehaltung der gegenwärtigen Strukturen nur um den Preis eines rückläufigen Sozialproduktes und einer kollabierenden Investitionstätigkeit aufrechterhalten.

Der völlig unzureichende Strukturwandel kommt auch in dem nur langsamen Abbau der Beschäftigung zum Ausdruck. Die offizielle Arbeitslosenquote lag Ende Juni bei nur 2 vH (1993: 1,5 vH). Entsprechend der ILO-Methode lag die Arbeitslosigkeit zwar bei 6 vH. Aber auch dies entspricht bei weitem noch nicht den Erfordernissen angesichts eines Produktionsrückganges von nahezu 50 vH seit 1990. Arbeitslosigkeit tritt nach wie vor überwiegend als Kurzarbeit oder als verdeckte Arbeitslosigkeit auf; deren Größenordnung rechtfertigt durchaus, von verdeckter Massenarbeitslosigkeit zu sprechen. Eine Finanzierung dieser verdeckten Massenarbeitslosigkeit ist nur kurzfristig ohne monetäre Expansion und damit ohne eine Beschleunigung der Inflation möglich.

Vorschläge zur Lösung der sich zuspitzenden Wirtschaftsprobleme müssen vorrangig in Bereichen ansetzen, die versprechen, den Strukturwandel zu beschleunigen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Einführung und Durchsetzung eines wirksamen Konkursrechts. Denn das gegenwärtig geltende Konkursrecht kommt fast gar nicht zur Anwendung. Vor allem ist es aber überhaupt nicht geeignet, die Schließung von ressourcenverschwendenden Unternehmen herbeizuführen, ist es doch vorrangig darauf angelegt, Konkurse durch neuerliche staatliche Finanzspritzen zu verhindern. Ein Ansatzpunkt für die Entschärfung der drohenden Bankenkrise und für eine effi-

zientere Bereitstellung von Finanzdienstleistungen dürfte neben einer verschärften Bankenaufsicht auch in zusätzlichem Wettbewerbsdruck durch ausländische Konkurrenz zu sehen sein. Deshalb sollte für ausländische Banken der Marktzutritt zu den russischen Finanzmärkten erleichtert werden. Das Partnerschaftsabkommen mit der EU hat — wie auch die entsprechenden Handelsvereinbarungen — nur unbedeutende Verbesserungen gebracht.

Wesentliche Fortschritte sind vorrangig im Privatisierungsprozeß zu verzeichnen. Die kleine Privatisierung — vor allem im Einzelhandel und im Dienstleistungssektor — ist weitgehend abgeschlossen. In der großen Privatisierung ist die erste Phase zum 30. Juni erfolgreich beendet worden. Für den Erfolg und die Glaubwürdigkeit des gesamten Reformprozesses ist es wichtig, daß in der nun anlaufenden zweiten Phase verbliebene Privatisierungshindernisse abgebaut werden, die etwa bei Mehrheitsbeteiligungen externer, insbesondere ausländischer Investoren bestehen.

Eine monetäre Entlastung war im vergangenen Jahr durch die weitgehende Einstellung der Kreditvergabe an die GUS-Länder eingetreten. Die damit verbundene Umlenkung von Energieexporten auf westliche Märkte hatte auf die Zahlungsbilanzsituation Rußlands stabilisierend gewirkt. Inzwischen ist dieses Stabilisierungspotential weitgehend ausgeschöpft, so daß neue Finanzierungsquellen erschlossen werden müssen. In Frage kommen dafür vor allem die Umkehr der Kapitalflucht und ausländische Investitionen. Diese Finanzierungsmöglichkeiten sind jedoch weiterhin blockiert: Devisenzugänge werden nach wie vor in erheblichem Maße für illegale Kapitalexperte verwendet, und auf der anderen Seite sind die Mittelzuflüsse aus Direkt- und Portfolioinvestitionen noch immer relativ gering. In beiden Phänomenen dürfte nicht zuletzt das geringe Vertrauen in- und ausländischer Investoren in die russische Reformpolitik zum Ausdruck kommen.

Zusammenfassend muß konstatiert werden, daß die Reformpolitik nach wie vor unter einem Mangel an Konsistenz leidet und eine dauerhafte Kehrtwende in der makroökonomischen Stabilisierungspolitik noch nicht zu erkennen ist. Untrügliche Anzeichen für eine wachsende Glaubwürdigkeit der Reformpolitik wären ein verstärkter Zufluß ausländischer Direktinvestitionen, eine Umkehrung der Kapitalflucht und eine wachsende Nutzung binnenwirtschaftlicher Ressourcen für Investitionen. Westliche Kredite der öffentlichen Hand können Investitionen aus inländischer Ersparnis in Rußland nicht ersetzen. Vor dem gegenwärtigen Hintergrund scheint es deshalb weiterhin wenig angeraten zu sein, neue Finanzmittel für Rußland bereitzustellen. Es besteht die Gefahr, daß Kredite vorwiegend konsumtiv verwendet oder angesichts fehlender makroökonomischer Stabilität und „weicher Budgetbeschränkungen“ fehlgeleitet werden. Nach wie vor bleibt aber ein verbesserter Zugang zu westlichen Märkten eine sinnvolle Unterstützung, die durch technische Hilfe ergänzt werden sollte.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarktmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarktanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. (3 428 05154 8). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. (3 428 05255 2). DM 44,— / öS 344,— / sFr 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. (3 428 05494 6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelissen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartzau. 203 S. 1983. (3 428 05485 7). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. (3 428 05497 0). DM 198,— / öS 1.545,— / sFr 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. (3 428 05638 8). DM 44,60 / öS 348,— / sFr 45,—.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. (3 428 05799 6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3 428 05800 3). DM 19,80 / öS 155,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3 428 06201 9). DM 56,— / öS 437,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3 428 06311 2). DM 54,— / öS 422,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3 428 06387 2). DM 82,60 / öS 645,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 252 S. 1991. (3 428 07253 7). DM 62,— / öS 484,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svindland. 250 S. 1992. (3 428 07380 0). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3 428 07479 3). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Ziwiener. 254 S. 1992. (3 428 07521 8). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3 428 07984 5). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3 428 08018 1). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3 428 08075 0). DM 76,— / öS 593,— / sFr 76,—.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 8. Dezember 1994

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin

Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettli, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Die wirtschaftliche Lage Rußlands.

Fünfter Bericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304